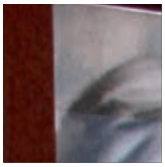
www.gegen-vergessen.de 70 / November 2011



Gegen Vergessen FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

13. August – 50. Jahrestag des Mauerbaus ab Seite 04

Flucht und Neuanfang für Kinder verständlich erzählen ab Seite 08

Das neue Kreisau ab Seite 12

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

EDITORIAL

Foto: Reto Klar

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie,

liebe Freundinnen und Freunde,

weil wir gegen das Vergessen sind, haben wir eine Menge zu tun in diesem hektischen Jahr. Im August erinnerten wir uns an den Tag vor 50 Jahren, als der Riss, der sich durch die Stadt Berlin und durch ganz Deutschland zog, buchstäblich in Zement gegossen wurde. Nun haben wir schon Herbst und wir müssen in Berlin an den 18. Oktober vor 70 Jahren denken, als der erste Deportationszug mit jüdischen Kindern, Frauen und Männern, eingepfercht in alte Transportwaggons, die damalige „Reichshauptstadt" verließ, eine Reise in den Tod. Mir steht auch der 6. September diesen Jahres vor Augen, als ich in Berlin an einer Trauerfeier für Noach Flug teilnahm, der am 11. August verstarb. Neben Christoph Heubner, dem Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, und weiteren Weggefährten, Freunden und Verwandten Noach Flugs erinnerte auch Bundespräsident Christian Wulff einfühlsam an den langjährigen Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees. Mit Noach Flug ist wieder einer derjenigen, die wir zum Grauen des Holocaust befragen konnten, nicht mehr bei uns.

In den nächsten Tagen erhalten Sie den Jahresbericht 2011 in gedruckter Form mit der Post. Aus Kostengründen haben wir uns für das Format DIN A5 entschieden. Dem Jahresbericht können Sie auch entnehmen, dass wir den Internetauftritt www.gegen-vergessen.de überarbeitet haben. Suchen Sie doch selbst einmal nach den vielfältigen Angeboten und Aktivitäten in Ihrer Region.

Dass wir beim Gedenken und Erinnern nicht verharren, sondern uns Gedanken machen zum zweiten Teil unseres Namens, das war nirgends deutlicher sichtbar als bei unserer Tagung „Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand", die wir gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz in Kassel durchführten. Und hier erlebte ich einmal mehr das Besondere und Wertvolle unserer Vereinigung, z.B. als ich sah, wie die 90jährige Hildegard Hamm-Brücher mit einem 18jährigen Schüler über Volksentscheide diskutierte oder wie Eberhard Diepgen sich von Internet-Aktivist Christoph Giesa die Möglichkeiten politischer Willensbildung mit Hilfe des Web 2.0 erläutern ließ. Es ist schön, Vorsitzender einer Vereinigung zu sein, in der eine Kultur des Einander-Zuhörens, der gegenseitigen Akzeptanz und des gemeinsamen Engagements für ein demokratisches Staatswesen gepflegt wird, über alle parteipolitischen, Alters- und sonstigen Unterschiede hinaus. Die Kasseler Tagung hat meine Vorfreude auf die Mitgliederversammlung in Bremen noch verstärkt und ich freue mich darauf, möglichst viele von Ihnen dort zu treffen.

Ihr

Joachim Gauck

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

Thema

13. August – 50. Jahrestag des Mauerbaus 04
Flucht und Neuanfang für Kinder verständlich erzählen 08
Kreisau heute 12
Jüdisches Reichenbach 16

Für mehr Demokratie

Mehr Mitsprache durch die Europäische Bügerinitiative 18
Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand 19

Aus unserer Arbeit

Tag der offenen Tür der Bundesregierung 21
Pressekonferenz: Rechtsextreme ködern Jugendliche über soziale Netzwerke 22
Gemeinsamer Einsatz gegen Rechtsextremismus 23
RAG Rhein-Ruhr West – „Fest der Freiheit“ prüft die Demokratie 24
RAG Ba-Wü – Ein Grabstein für Izak Abramovitz 25
RAG Ba-Wü – Vor 70 Jahren nach Riga deportiert 26
RAG Westfalen – Herbstakademie „Zukunft der Erinnerung“ 29

Namen und Nachrichten

Gedenkstein für Zwangsarbeiter und ausländische Kriegsgefangene in Filderstadt 30
Hans Bonkas wurde 90 32
Jörg Skriebeleit mit Wilhelm-von-Pechmann-Preis geehrt 32
Zur Erinnerung an Heinz Putzrath 33
Nachruf auf Noach Flug 34
Nachruf auf Barend Koekkoek 35

Rezensionen

Helmuth Bauer: „Innere Bilder wird man nicht los“ 36
Reinhold Vetter: „Polens eigensinniger Held“ 38
Maik Kopleck: „PastFinder Berlin 1933-1945“ 40
Daniel Blatman: „Die Todesmärsche 1944/45“ 41
Hermann Louis Brill: „Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat“ 42

Medien

Buchempfehlungen 43

Kalender

Veranstaltungen 45

Allgemeines

Vorstand & Beirat // Fotonachweise // Impressum 46
RAG Anschriften 47

THEMA

13. August – 50. Jahrestag des Mauerbaus

Die Gedenkstätte Berliner Mauer erinnert an den Jahrestag des Mauerbaus.

Am 13. August 1961 veränderte sich schlagartig das Leben der Berlinerinnen und Berliner. An diesem Tag vor 50 Jahren wurde die Teilung Deutschlands durch eine 160 km lange, militärisch gesicherte Grenze um West-Berlin besiegelt. Sie teilte die Stadt, trennte Nachbarn, Freunde und Familien, schnitt Straßen, Wasserwege und den öffentlichen Nahverkehr ab. Ein tödliches System aus Mauern, Metallzäunen, Wachtürmen und Panzersperren entstand, die „Berliner Mauer". Sie stand bis zum 9. November 1989 – 28 Jahre, zwei Monate und 27 Tage, bis Sie endlich in der Friedlichen Revolution überwunden und überrannt wurde. Am 13. August 2011 erinnerten zahlreiche Veranstaltungen in Berlin an den denkwürdigen Tag vor 50 Jahren.

Die Gedenkfeier ab 10 Uhr in der Gedenkstätte Berliner Mauer war den Opfern von Mauer und Teilung gewidmet. An sie erinnert auch die neue Außenausstellung in der Bernauer Straße, deren zweiter Teil an diesem Tag eröffnet wurde. In der Kapelle der Versöhnung fand eine ökumenische Andacht statt, anschließend wurden am Denkmal Kränze niedergelegt. Am Nachmittag des 13. August wurde ein umfangreiches Programm auf dem gesamten Gelände der Gedenkstätte angeboten. Auf einer "Infomeile der Zeitgeschichte" konnten sich mehrere Tausend Besucher über die Arbeit von Opferverbänden, Grenzlandmuseen, Gedenk- und Erinnerungsstätten sowie zahlreicher weiterer Initiativen und Einrichtungen informieren.
Auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war auf der Infomeile mit einem Stand vertreten.

Das "Fenster des Gedenkens", das den Opfern der Berliner Mauer ihre Individualität zurückgibt.

Das Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer

Mauerteile auf dem Gedenkstättengelände. Fotos: Dennis Riffel

THEMA

Flu
und Neu
für K
verständlic

Kinderführungen in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde

cht
uanfang
inder
h erzählen

Kinder lesen den Laufzettel für das Notaufnahmeverfahren.

Helge Heidemeyer

Die meisten Erwachsenen haben heute eine Vorstellung davon, wie es zur Zeit der deutschen Teilung in Berlin ausgesehen hat und noch können viele Einheimische Auskunft darüber geben, wo die Mauer stand. Doch den beharrlichen Fragen der Jüngsten Rede und Antwort zu stehen, übersteigt leicht das eigene Vermittlungsgeschick. Wie erzählt man Kindern so von „früher", dass sie ein plastisches Bild vor Augen haben, Zusammenhänge verstehen und nicht nur erschrecken über Verbrechen und Unrecht? Großartig ist es, wenn es gelingt, ihnen den Unterschied von menschenfreundlichen und menschenfeindlichen politischen Systemen nahe zu bringen. Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde bietet seit 2010 eine Führung speziell für Kinder an, und sowohl Berliner Grundschullehrer als auch interessierte Berliner Eltern nehmen das Angebot gern wahr: „DDR", „Mauer", „Flucht", „Ossi", „Wessi" sind Begriffe, die in Berlin buchstäblich jedes Kind schon gehört hat. Doch wie hängen diese Begriffe zusammen?

Die Dauerausstellung der Erinnerungsstätte zeigt die Geschichte des Lagers, das von seiner Gründung im Jahre 1953 bis zum 30. Juni 1990 Anlaufstelle für rund 1,35 Millionen Menschen aus der DDR war. Sie vollzieht den Weg eines Flüchtlings in den Jahrzehnten der Teilung nach und vermittelt einen Eindruck von

Eine Kinderführung beginnt vor dem Außenplakat am Eingang zur Erinnerungsstätte

den individuell verschiedenen Gründen, die DDR zu verlassen. Die Ausstellung zeigt die vor und nach dem Mauerbau unterschiedlichen Wege aus der DDR, das Notaufnahmeverfahren, das Leben im Aufnahmelager und schließlich den Neuanfang im Westen. Die historischen Situationen werden durch persönliche Erinnerungsstücke ehemaliger Flüchtlinge veranschaulicht. Zahlreiche Biografien in Hör- und Filmstationen, die von in unterschiedlichen Jahrzehnten Geflüchteten selbst eingesprochen wurden, bereichern die Ausstellung um individuelle Erfahrungen. Einige der Zeitzeugen waren selbst noch Kinder, als ihre Eltern sie in ihr neues Leben mitnahmen.

Die Berichte und Erinnerungsstücke dieser Zeitzeugen und die Alltagsgegenstände aus dem Erbe des Notaufnahmelagers sind in hervorragender Weise geeignet, die persönliche Dimension von historischen Daten und Fakten für den Besucher nachvollziehbar zu machen: Eine kleine Damenhandtasche zeigt, wie wenig ein Flüchtling mit in den Westen nehmen konnte. Die Geschichte einer Puppe, die in der DDR zurückgelassen wurde, macht deutlich, dass eine Flucht heimlich vorbereitet werden musste. Eine Zahnbürste erklärt anschaulich, wie vorsichtig ein Flüchtling packen musste, um bei Kontrollen nicht aufzufallen – und wie lang es dauern konnte, bevor er wieder eigenes Geld verdiente, um sich selbst einen so banalen Alltagsgegenstand leisten zu können.

Die Führung für Kinder ist grundsätzlich anders aufgebaut als Führungen für Erwachsene. Für Kinder und Jugendliche setzt die Erinnerungsstätte auf das Prinzip der dialogischen Führung, in der nicht der Führungsreferent selbst Inhalte und Objekte der Ausstellung vermittelt, sondern die Gruppe dazu ermuntert, mitzureden. Durch geeignete Fragen regt er zum Gespräch an, in dem Ansichten und Eindrücke ausgetauscht und neu erworbene Kenntnisse vertieft werden können. Um Zeit zum Nachdenken und Antworten zu geben, Äußerungen aufzugreifen und zu einem wirklichen Dialog mit der gesamten Gruppe zu kommen, werden einige wenige Themen und Objekte sorgfältig ausgewählt. Kinder differenzieren weit weniger als Ältere: Jugendliche haben zumeist bereits Vorstellungen entwickelt von vergangenen Zeiten und Lebensumständen in verschiedenen Epochen. Die Kleinen unterscheiden meist grob in „früher“ und „jetzt“, „gut“ und „böse“, schmerzhafte und angenehme Gefühle. Ihre Fantasie aber, angeregt durch zufällig aufgeschnappte Spionagegeschichten und Filme über die Mauer, ist schier unerschöpflich. So gilt es in der Arbeit mit Kindern eher, allzu radikale Vorstellungen zu korrigieren: Nicht alle Flüchtlinge riskierten ihr Leben, nicht alle Einwohner der DDR waren Spitzel.

Dennoch ist es wichtig, dass die Kinder von ihren eigenen Vorstellungen berichten, denn nur dadurch ist es möglich, korrigierend einzugreifen und kindgerecht zu vermitteln, dass es viele Aspekte in der Geschichte von Teilung, Flucht und Neuanfang gibt. Der Führungsreferent wählt daher in der Kinderführung einfache Worte und formuliert verständliche Fragen für konkret Anschauliches. So lässt er die Kinder etwa ein Foto beschreiben, um eine Situation zu begreifen, fordert sie auf, ein Stofftier genau anzusehen, um sein Geheimnis zu entdecken oder die nachgestellte Flüchtlingswohnung zu betreten, um herauszufinden, was es darin alles nicht gibt. Diese eigenen Beobachtungen wiederum sind hervorragend geeignet, weiterführende Überlegungen folgen zu lassen: Weshalb sind die Menschen so ordentlich angezogen? Weshalb haben sie kaum Koffer dabei? Warum hat die Mutter ihr ganzes Geld im Stofftier ihres Kindes versteckt? Weshalb stehen in dieser Wohnung keine Spielsachen? Aus jeder Frage ergeben sich zahlreiche Antworten, die wiederum gemeinsam besprochen werden, bis der Aspekt, das Thema, das Objekt zur Zufriedenheit aller erklärt ist. Nicht alle Antworten sind im engeren Sinne „richtig“, die meisten aber beschreiben mögliche Situationen und zeigen, dass die Kinder sich im Verlauf der Kinderführung immer tiefer und differenzierter in eine Situation oder eine Biografie hineindenken. Überspitzte Vorstellungen – etwa dass alle Menschen erschossen wurden, die sich der Grenze näherten, werden durch die Methode intensiver eigener Beobachtungen und im Gespräch von den Kindern ebenso selbstständig korrigiert wie solche, dass es überhaupt keinen Grund gegeben habe, die DDR zu verlassen.

Die seit gut einem Jahr einmal im Monat angebotenen Führungen erfreuen sich wachsender Beliebtheit und bilden zusammen mit dem gemeinsam mit der Gedenkstätte Berliner Mauer buchbaren Kinderprojekttag ein Angebot, das von Eltern und Lehrern dankbar angenommen wird: Familiengeschichten erhalten durch die Entdeckungen in der Ausstellung eine historische Grundlage, Sachkundeunterricht wird in der Erinnerungsstätte anschaulich und begreifbar. Der Aufbau der Ausstellung, die privaten Erinnerungsstücke und die ansprechende Art, in der etwa zwölf von den Kindern zu öffnende Türen die zwölf Stationen des Notaufnahmeverfahrens darstellen, ermöglichen eine – nicht nur – für Kinder verständliche Darstellung von Ereignissen und Zusammenhängen. Der Ansatz, die Kinder mitreden zu lassen über ihre Ideen von „früher“ und sie selbstständig Geschichte(n) entdecken zu lassen, kann auch die Jüngeren für die Vergangenheit begeistern – wir hoffen: mit bleibender Wirkung.

Lernen am Objekt: Kinder in der Ausstellung der Erinnerungsstätte Marienfelde

Fotos: ENM – Gesa Simons.

Kontakt:
Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde
Marienfelder Allee 66/80
12277 Berlin
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10-18 Uhr

Die Termine der Kinderführung finden Sie unter
www.notaufnahmelager-berlin.de

Dr. Helge Heidemeyer ist Leiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Vorsitzender des Fördervereins Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

THEMA

Kreisau heute

Annemarie Franke

Kreisau heute ist ein lebendiger Ort, der Menschen verschiedenster Herkunft und Interessen aus ganz unterschiedlichen Beweggründen anzieht. Kreisau heute ist ein kleines polnisches Dorf in der Wojewodschaft Niederschlesien, 60 km südöstlich der Landeshauptstadt Breslau am Fuße des Eulengebirges gelegen. Kreisau heute heißt Krzyżowa und beherbergt im früheren Gutshof der Familie von Moltke eine moderne Begegnungsstätte mit 180 Übernachtungsplätzen, die von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung getragen und geführt wird.

Das frühere Gut der Familie von Moltke ist heute eine moderne Begegnungsstätte.

Die Geschichte des Gutes und seiner Bewohner ist in der Begegnungsstätte überall präsent

Wie alles begann

Der Gutshof der Familie von Moltke nahm nach dem Krieg das Schicksal der meisten deutschen Großgrundbesitze, die nach 1945 zum neuen Westpolen unter kommunistischer Herrschaft gehörten: Der Hof wurde in einen staatlichen Landwirtschaftsbetrieb nach sowjetischem Vorbild umgewandelt. Das dafür geltende Kürzel „PGR" wird in Polen mit einem durch die sozialistische Misswirtschaft herunter gekommenen und unproduktiven Betrieb assoziiert. Einen solchen Eindruck muss Kreisau auf seine Besucher in den 70er und 80er Jahren gemacht haben. Bereits damals bestand aber das Interesse, diesen symbolischen Ort für die deutsch-polnische Verständigung nutzbar zu machen. Doch bis in die späten 80er Jahre scheiterten alle Initiativen, ob von deutscher oder polnischer, gesellschaftlicher oder staatlicher Seite. Nicht einmal eine Gedenktafel durfte an den früheren Besitzer und die Widerstandstätigkeit des Kreisauer Kreises erinnern. Im Sommer 1989 bildete sich eine Initiative von Polen, Deutschen aus Ost und West, Niederländern und Amerikanern, die mitten im Aufbruch der Völker Mitteleuropas den Wiederaufbau des Gutes als europäische Begegnungsstätte planten. Sie sahen in den Themen dieses Aufbruchs – Opposition, Widerstand, der Wille und der Mut, die Zukunft in die eigene Hand zu nehmen – die Verbindung zu der Widerstandstradition des Ortes. Ihr Engagement war die Voraussetzung für die Wahl dieses Ortes für die historische „Versöhnungsmesse" im November 1989. Die damaligen Regierungschefs von Deutschland und Polen, Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki, bekräftigten in Kreisau den politischen Willen, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine gutnachbarschaftliche Grundlage zu stellen. Ein Beispiel dieser neuen Zusammenarbeit wurde der durch Regierungsgelder unterstützte Aufbau der Kreisauer Jugendbegegnungsstätte, die neun Jahre später unter erneuter Beteiligung hoher Regierungsvertreter feierlich eröffnet wurde.

Im Spannungsfeld deutsch-polnischer Befindlichkeiten

Das Thema Widerstand ist für Deutsche und Polen mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen verbunden. Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist in Polen nach wie vor ein wenig bekanntes Phänomen und natürlich überwiegen in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg für Polen andere Bilder der Deutschen als die der mutigen Gegner des Regimes.

Die Rückseite des Kreisauer Schlosses.

Im Berghaus traf sich der Kreisauer Kreis. Fotos: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dennoch zieht Kreisau polnische Schulklassen an, die sich gerade hier mit ihren deutschen Partnerschulen treffen wollen. Diese Brückenfunktion erfüllt Kreisau dank seiner doppelten Symbolik: Einmal steht Kreisau für die deutsche Vergangenheit und damit für das Erbe des demokratisch und europäisch denkenden und planenden Kreisauer Kreises. Zum anderen aber steht Krzyżowa für das Jahr des politischen Umbruchs in Europa, und für die Begegnung Tadeusz Mazowieckis und Helmut Kohls im November 1989. Dieses Treffen, kurz nach dem Fall der Mauer und wenige Monate nach dem Wahlsieg der „Solidarność" im noch kommunistischen Polen, hat im polnischen Bewusstsein eine viel größere Bedeutung als im deutschen. Es markiert einen Punkt auf dem Weg der „Rückkehr Polens nach Europa", sprich der Befreiung aus der sowjetischen Machtsphäre, und der Integration in die transatlantischen und westeuropäischen Strukturen. Das Foto der beiden Regierungschefs, die sich als Zeichen des Friedens während der Messe vor der Kulisse des verfallenen Kreisauer Schlosses umarmen, ist Teil der polnischen politischen Ikonographie. Dank dieser doppelten Bedeutung des Ortes, die Deutsche und Polen jeweils unterschiedlich gewichten, entsteht eine Spannung, die Dialog und Austausch fördert.

Kreisau international

Mehr als die Hälfte aller Gäste in Kreisau sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die meisten von ihnen kommen aus Polen und Deutschland. Doch Kreisau heute ist nicht nur eine deutsch-polnische Begegnungsstätte, sondern lädt Teilnehmer/innen und Partner aus allen europäischen Ländern und darüber hinaus ein. Im Sommer finden internationale Kunstworkshops mit Teilnehmer/innen aus bis zu zehn verschiedenen Ländern statt. Seminare zur Simulation des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ziehen Studierende und politisch interessierte Schüler/innen aus den verschiedensten Ländern und in unterschiedlichsten Konstellationen an, kommenden Januar zum Beispiel aus Deutschland, Polen, der Türkei, Portugal und Ungarn. Bei der Version für Studierende werden sogar Teilnehmer aus Afghanistan erwartet. Manche Angebote, wie Fortbildungen für für Lehrer/innen oder das jährlich stattfindende ost-westeuropäische Gedenkstättenseminar, richten sich auch exklusiv an Erwachsene. Außerdem gibt es intergenerativen Projekte mit Teilnehmern zwischen 15 und über 80 Jahren. Bunt, divers und grenzüberschreitend, das ist Kreisau heute.

Annemarie Franke ist Leiterin der Gedenkstätte und Mitglied des Vorstands der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Informationen zu den Programm- und Tagungsangeboten der Stiftung Kreisau, sowie Berichte und Fotos von vergangenen Veranstaltungen sind auf unserer Internetseite zu finden: www.krzyzowa.org.pl

Postanschrift: Fundacja Krzyzowa dla Porozumienia Europejskiego
Krzyzowa 7, PL-58-112 Grodziszcze.
Tel. +48748500340; Fax +48748500305

Vom 17. Bis 19. Januar 2011 fand in der Begegnungsstätte Kreisau eine Tagung zum Thema „Kreisau und der Kreisauer Kreis. Deutsch-polnischer Lernort in Schlesien" statt, an dem auch eine Gruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., teilnahm. Neben Gesprächen zur Widerstandstätigkeit des Kreisauer Kreises erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars einen Einblick in die heutige Arbeit der Stiftung und der Jugendbegegnungsstätte, auch eine Exkursion zur ehemaligen Synagoge in Dzierżoniów stand auf dem Programm. Das Seminar wurde nach § 96 BVFG durch den Kulturreferenten für Schlesien unterstützt.

Die Ausstellung über das jüdische Dzierżoniów in den Räumen der Stiftung Kreisau und Fotos der ehemaligen Synagoge in Dzierżoniów, die zur Zeit renoviert wird.
Fotos: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Jüdisches Reichenbach – Jewish Rychbach - Zydowski Dzierżoniów 1945 – 1948

Ein Gedenkstättenprojekt der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Dominik Kretschmann

Reichenbach, Rychbach, Dzierżoniów, innerhalb von nur zwölf Monaten, von Mai 1945 bis Mai 1946, hatte das kleine Städtchen mit 30.000 Einwohnern drei verschiedene Namen. Während das für Orte in den nach dem Krieg zu Polen kommenden West- und Nordgebieten, den "Wiedergewonnenen Gebieten", nicht außergewöhnlich ist, ist die jüdische Nachkriegsgeschichte des nur 10 km östlich von Kreisau gelegenen Ortes genau das: Außergewöhnlich und deshalb auch ein Schwerpunkt in der Arbeit der Gedenkstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Von Beginn an wurde die Gedenkstätte als Ort konzipiert, der sich nicht auf die Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere dem deutschen zivilen Widerstand und dem polnischen Kampf mit der deutschen Okkupation, beschränkt, sondern auch die Regionalgeschichte Niederschlesiens und insbesondere der unmittelbaren Umgebung Kreisaus in den Blick nimmt. Zu dieser unmittelbaren Umgebung gehört auch Dzierżoniów, das in den ersten Jahren nach Kriegsende noch einen, allerdings inoffiziellen Namen hatte: Polnisches Jerusalem.

Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur eine kleine, keine 50 Mitglieder zählende jüdische Gemeinde in Reichenbach und der vergleichsweise großen Synagoge zu Hause war, lebten ab Mai 1945 bald mehrere tausend und auf dem Höhepunkt der Entwicklung über 18.000 nun polnische Juden in dem Städtchen. In Rychbach/Dzierżoniów nahm das jüdische Komitee von Niederschlesien seinen Sitz, hier wurde auch das erste jüdische Theater Polens nach dem Krieg eröffnet. Zahlreiche kulturelle und soziale Institutionen, Sportvereine und Parteien bildeten eine außerordentlich lebendige und heterogene jüdische Gemeinschaft.

Die ersten Juden, die im Mai 1945 in Reichenbach lebten, waren Überlebende aus Konzentrationslagern. Ausgehend vom Lager Groß Rosen hatten über 100 Außenlager Niederschlesien wie ein Netz überzogen. Zwei davon gab es in unmittelbarer Nähe von Reichenbach. In der Stadt gab es praktisch keine Kriegszerstörungen, auch die Fabriken des Ortes waren noch intakt. Und auch eine der nur drei in Niederschlesien unzerstört gebliebenen Synagogen findet sich dort. So blieben hier mehr Überlebende als in anderen Städtchen, andere zogen hinzu, die auf der Suche nach Verwandten oder Freunden in die Stadt gekommen waren. Es wurde ein jüdisches Komitee gegründet, und als ein Woiwodschaftskomitee entstehen sollte, wurden die Vertreter der lokalen Komitees nach Rychbach eingeladen. Der erste Vorsitzende des niederschlesischen Komitees, Jakub Egit, verfolgte die Vision einer jüdischen Siedlung in Niederschlesien.

Als dann 1946 im Zuge der Repatriierung genannten Zwangsumsiedlung von Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Westen auch über 100.000 polnische Juden nach Westen wandern müssen, wird dieser Teil der polnischen Migranten planmäßig nach Niederschlesien geleitet, darauf einigen sich das gesamtpolnische jüdische Komitee in Warschau und die polnische Regierung. Und so wird Niederschlesien endgültig zum Zentrum des polnischen Judentums und Rychbach, ab Mai 46 Dzierżoniów, ist seine Hauptstadt.

Dieser weithin unbekannte Teil der niederschlesischen Geschichte steht im Zentrum des Projekts, das wir 2010 in Zusammenarbeit mit der Kreisau Initiative Berlin und der Stiftung Beiteinu Chaj 2004 begonnen haben. In einem ersten Schritt wurde mit Studierenden aus Deutschland, Polen und Israel während eines Seminars eine Ausstellung konzipiert, die inzwischen an verschiedenen Orten in Deutschland und Polen gezeigt worden ist. Während des Seminars lautete die Leitfrage: Was wird von diesem besonderen Abschnitt in der Geschichte des Städtchens noch erinnert, individuell und kollektiv?Was berichten Menschen, die damals dort lebten, als Juden oder Nichtjuden, Polen oder Deutsche und welche Spuren lassen sich heute noch finden, welche Orte in Dzierżoniów erzählen die Geschichte?

Der nächste Schritt des Projekts ist bereits geplant: Das Ende der jüdischen Blütezeit von Dzierżoniów hängt eng mit der massiven Emigration nach Palästina und später Israel zusammen. Eine Emigration, der zeitweise die polnischen Grenzen offen standen, meist jedoch nicht. Die Routen über die grüne Grenze führten für zehntausende Menschen durch das Eulengebirge in die Tschechoslowakei und dann weiter. Diesen Routen wollen wir nachgehen. Ganz wörtlich und im übertragenen Sinne.

Dominik Kretschmann ist Bildungsreferent in der Gedenkstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Ein (weiteres) offenes Ohr für EU-BürgerInnen

Mehr Mitsprache durch die Europäische Bürgerinitiative

Barbara Weiler MdEP

Politische Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der offiziellen Wahlen – wer könnte dagegen sein? Man muss ja nicht extra in die Schweiz schauen, auch bei uns gibt es auf lokaler Ebene vielfältige Modelle:

- Bürgerhaushalte in Kommunen
- Referenden beispielsweise gegen die Wasserprivatisierung
- die Oberammergauer Festspiele

Überall bringen sich engagierte Bürger und Betroffene in politische Entscheidungen ein. Weiter oben wird die Zurückhaltung größer und die Erfahrung spärlicher. Nun kommt eine neue Idee von einer Ebene, von der man es eher nicht erwartet hat: der Europäischen Union. Im Rahmen des Vertrags von Lissabon wurde – auf Initiative des Europäischen Parlaments – eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) beschlossen. Diese nimmt nun Gestalt an und es zeigt sich: Es gibt keine großen Hürden, keine unnötige Bürokratie und keine politische Polemik.

Um eine Europäische Bürgerinitiative einzubringen, muss sie von einer Million Bürger aus mindestens sieben Mitgliedstaaten der EU mitgetragen werden – dabei reicht die Unterschrift und die Unterstützer müssen im wahlfähigen Alter sein. In einem Drittel der Staaten gilt eine Mindestanzahl beteiligter Bürger als Hürde – für Deutschland liegt diese bei 74.250. Bevor die nötigen Unterschriften gesammelt werden, muss der Organisator die Bürgerinitiative bei der Europäischen Kommission anmelden und sinnvollerweise dort angehört werden. Diese kann Initiativen ablehnen, die sich deutlich gegen die Werte der EU richten. Sind alle Unterschriften gesammelt, soll die EU-Kommission Vorschläge für ein Gesetz unterbreiten.

Das Thema der Bürgerinitiative kann ohne Einschränkungen gewählt werden, aber natürlich muss es einen europäischen Bezug haben und im Rahmen der Befugnisse der Kommission liegen.

Transparenz im Hinblick auf die eingebrachten Anliegen ist mir besonders wichtig: Per Internet kann man alle Details einfach erfahren. Die EU-Kommission wird alle EBI auf ihrer Homepage veröffentlichen. Innerhalb von vier Monaten hat die Kommission den Organisatoren außerdem mitzuteilen, wie weiter mit der Initiative verfahren wird.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative haben wir einen Weg geschaffen, der den Bürgerinnen und Bürgern den direkten Einfluss auf die Entscheidungen in Europa ermöglicht. Sie haben nun – neben dem bereits bestehenden Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und dem Beschwerderecht beim Europäischen Bürgerbeauftragten – drei Varianten, sich direkt an die Gesetzgeber in Brüssel und Straßburg zu wenden. Das neue Instrument könnte zu einem mächtigen Werkzeug der Bürgergesellschaft werden, die das gleiche Initiativrecht erhält wie das EU-Parlament.

Wir haben in Deutschland und auch in den meisten anderen EU-Staaten keine nationalen Referenden à la Schweiz – aus gutem Grunde. Dennoch, neue plebiszitäre Elemente können unsere Demokratie nur beleben. Momentan übertragen die EU-Mitgliedstaaten die EBI in nationales Recht. Wie wichtig es ist, bei der Umsetzung genau hinzuschauen, konnte erst kürzlich beobachtet werden. Deutschland versuchte, die Kosten, die bei Online-Bürgerinitiativen entstehen, teilweise an die Organisatoren durchzureichen. Damit wäre man auf dem Weg in Richtung besserer Bürgerbeteiligung einen Schritt vor und zwei zurück gelaufen. Unter dem Druck von Abgeordneten und der Zivilgesellschaft landete dieser Vorschlag glücklicherweise wieder in der Schublade. Aus Berlin heißt es nun, dass die EBI spätestens ab dem 1. April 2012 genutzt werden kann. Dann ist der Weg frei für mehr Europa. Ideen gibt es genug: Verbot von Gentechnik, Finanztransaktionssteuer, Tiertransporte, arbeitsfreier Sonntag und, und, und …

Barbara Weiler ist SPD-Europaabgeordnete und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand

Nachdenken und diskutieren über mehr Bürgerbeteiligung während des Workshops in Kassel. Foto: Dennis Riffel

Workshop in Kassel

Die Botschaft der Veranstaltung in Kassel war vorab klar: Die Bürger in Deutschland sollen besser an Entscheidungen beteiligt und gleichzeitig dazu angeregt werden, sich auf gesellschaftlicher Ebene mehr einzubringen. Denn die derzeitige Krise in der Demokratie, die zum großen Teil auf Politikverdrossenheit gründet, ist keine bloße Behauptung. Darin waren sich die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des hochrangig besetzten Workshops „Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand" in der Kasseler Volkshochschule am 23. und 24. September einig.

Da Wissenschaftler wie Professor Dr. Frank Decker von der Uni Bonn und Professor Dr. Bernd Faulenbach von der Uni Bochum diese Wahrnehmung zudem mit eindrücklichen Zahlen belegen konnten, lag auch die Forderung der früheren liberalen Politikerin Hildegard Hamm-Brücher nach einer durchdachten „Demokratiepolitik" nahe.
Doch wie genau eine solche demokratiepolitische Agenda aussehen kann, die nicht gleichzeitig das gesamte politische System der Bundesrepublik ins Wanken bringt, war weniger eindeutig. Die vom Bündnis für Demokratie und Toleranz und von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V ausgerichtete Tagung ging in diesen Fragen bis ins Detail. Und da, das beobachtete nicht nur der ehemalige Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei, liegt oft der Teufel.

Direkte Demokratie als Chance oder Risiko

Ein wichtiges und heikles Thema etwa ist die mögliche Ausweitung direkter Demokratie – also von Volksbegehren und -entscheiden – auf die Bundesebene. Während die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt vehement dafür kämpft und fragte, warum sich Politiker eigentlich für so viel kompetenter hielten als die übrigen Bürger, dass sie diese Möglichkeit nicht bereit halten, bemerkte Professor Decker, dass Volksentscheide sich mit dem dualen parlamentarischen Prinzip von Regierung und Opposition an sich widersprächen. Er hatte stattdessen die Idee, Ministerpräsidenten künftig direkt wählen zu lassen und damit auf Länderebene ein Präsidialsystem zu installieren. Und Professor Faulenbach gab zu bedenken, dass ein Mehr an direkter Demokratie nicht automatisch ein Mehr an Teilhabe bedeuten müsse. In der betreffenden Arbeitsgruppe erntete allerdings auch ein Schülervertreter viel Zustimmung, als er anmerkte, dass geringe Beteiligung allein kein Argument gegen Volksabstimmungen sei. „Die Akzeptanz der Entscheidungen ist schon groß, wenn man selbst die Möglichkeit zur Beteiligung daran hat." Es wurde aber auch dort festgehalten, dass Bürger- und Volksentscheide nur Sinn machen könnten, wenn die Initiative von unten ausgehen kann und der Kreis der Abstimmungsberechtigten so definiert wird, dass nicht nur die von Sachentscheidungen direkt Betroffenen eine Stimme haben.

Zudem müsse die Begrenzung der Fragen, über die es Entscheide geben darf, scharf umrissen sein. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen brachte es mit einem Beispiel auf den Punkt: „Es darf kein Bürgerbegehren über den Standort eines Heimes für geistig Behinderte geben."

Einig war man sich, dass Bürger in Planungsverfahren früher gefragt werden müssten. Diepgen fasste die Beiträge der Arbeitsgruppenmitglieder zusammen: Die Sachverhalte sollten verständlicher gemacht und ins Netz gestellt werden und Betroffene müssten früher und mit mehr Zeit Möglichkeiten für Einwände bekommen, auch weil dies oft mehr Zeit spare, als wenn nachher demonstriert, geschlichtet und geklagt werde. Winfried Nachtwei ergänzte allerdings, dass Initiativen oft erst griffen, „wenn Betroffenheit da ist und etwas passiert", also am Ende der Entscheidungsprozesse. Zudem wurde mehr Einfluss der Bürger auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente befürwortet. In den Bundesländern, in denen bei Wahlen schon länger Stimmen gebündelt und gesplittet werden können, habe sich dies bewährt, auch wenn die komplexen Stimmzettel zunächst verwirren könnten.

Die Piraten als neues Phänomen

Fast alle Referenten der Tagung hat der Erfolg der Piraten-Partei bei der jüngsten Wahl in Berlin aufhorchen lassen. Ist sie eine reine Protestpartei ohne Zukunft oder hat sie ähnliche Potentiale wie die Grünen vor 30 Jahren? Joachim Gauck fand es in seinem Eingangsvortrag eindrucksvoll, dass sie es geschafft hat, viele Nichtwähler zu aktivieren und an die Wahlurne zu bringen. Unternehmensberater und Netzaktivist Christoph Giesa wies darauf hin, dass die Piraten für Offenheit und Transparenz stünden und dabei genau das verkörperten, was bei anderen Parteien vermisst werde. Giesa: „Die Wähler der Piraten sind nicht vor allem links oder chaotisch, es sind oft gut ausgebildete, gut verdienende Leute." Professor Decker konnte ergänzen, dass abweichendes Wahlverhalten allgemein stark zugenommen hat, also kleine und Kleinstparteien insgesamt viel mehr Wähler bekommen als vor 20 Jahren. Außerdem, so wusste Professor Faulenbach, hat sich die Form von Engagement verändert: mehr punktuell auf eine Sache bezogen und zeitlich begrenzter als früher.

Entwicklungen, auf die Parteien reagieren müssen. Cornelia Schmalz-Jacobsen wies zum Beispiel darauf hin, dass Parteimitglieder es auf Kreisebene interessierten „Neuen" oft schwer machten, Fuß zu fassen: „Sie kommen als Freunde und gehen als Fremde." Dies wurde von den jüngeren Mitgliedern in der Arbeitsgruppe „Parteien – Grundpfeiler der Demokratie oder Auslaufmodell?" bestätigt. Gleichzeitig wurde gesagt: „Ich würde so gerne Mitglied in einer Partei werden, aber ich habe große Schwierigkeiten mich zu entscheiden, weil ich in den unterschiedlichen Politikfeldern mal der einen und mal der anderen Partei zuneige."

Auf den ersten Blick könnte die mittlerweile große Ähnlichkeit der Volksparteien auch dafür sprechen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich auf einem hohen Zufriedenheitsniveau eingependelt haben. Auf den zweiten Blick hat es eine fatale Auswirkung auf das Wahlverhalten. Nach dem Motto: „Wenn es eh egal ist, wen ich wähle, brauche ich gar nicht zu wählen." Dazu kommt ein Gefühl von Ohnmacht, weil es den Parteien immer weniger gelänge, ihre Inhalte und Unterschiede zu kommunizieren.

Wie sage ich es dem Bürger?

Um Kommunikation ging es auch in einem weiteren Workshop zum Thema „Wie sage ich es dem Bürger". Die Rolle der Medien und die Art der Vermittlung von Politikinhalten standen im Mittelpunkt. Andreas Oppermann, Ressortleiter der Märkischen Oderzeitung in Frankfurt, hat ein Credo: „Wer Politikinhalte durchsetzen will, muss von Anfang an ehrlich sagen, worum es geht. Werden Sachverhalte verschwiegen, wird das am Ende fast immer bestraft." Oppermann zählte zudem die Anzeigenkrise der regionalen Tageszeitungen zu den Gründen dafür, dass den Bürgern in vielen Regionen nicht mehr erklärt werde, welche Dinge wo und von wem entschieden werden. Die stark ausgedünnten Lokalredaktionen und der Trend vieler Zeitungen, die überregionale Berichterstattung auszulagern oder mit den Redaktionen anderer Zeitungen zusammenzulegen, führe dazu, dass die Verzahnung von lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene nicht mehr aufbereitet werde. Es werde dringend nötig, Informationen wieder professionell gefiltert zur Verfügung zu stellen und dabei auch die gängigen Online-Medien, Portale und Netzwerke zu beachten. Als Skandal wurde gewertet, dass dünn besiedelte Regionen teilweise noch immer von einer schnellen Internetverbindung abgekoppelt sind und sich so erst recht abgehängt fühlen müssten.

An einem ähnlichen Punkt setzte auch Dr. Serge Embacher vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement an. Seine These: Solange man die sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft, die immer größer werden, nicht in den Griff bekommt, werden sich Menschen, die sich abgehängt fühlen, auch mit neuen rechtlichen Möglichkeiten nicht zur Teilhabe bewegen lassen. Im Workshop „Wer soll mitmachen? Über die Ausweitung demokratischer Teilhabe" wurde immerhin festgestellt, dass es trotz gegenteiliger öffentlicher Wahrnehmung ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement gibt. Manchmal fehle es am Wissen darüber, wie etwa Anträge geschrieben und Geld akquiriert wird, aber auch hier habe sich in den letzten Jahren viel getan. Beispielsweise wurde in Weimar eine „Ehrenamtsberatung" eingerichtet und in Berlin gebe es ein „Handbuch für Partizipation". Um Reibungsverluste und Dopplungen zu vermeiden, sei hier jedoch ein „Integrationslotse" für Aktivitäten der Bürgerschaft empfehlenswert.

Das Wahlrecht ausweiten

Problematisch wurde die starke Trennung von freiwilligem Engagement und „Berufspolitik“ genannt. Ehrenamtliche würden sich so nicht ermutigt fühlen, in die Politik einzusteigen. Hinsichtlich des Wahlrechts bestand Konsens, dass Ausländern mit einem verfestigten Aufenthalt das aktive kommunale Wahlrecht eingeräumt werden sollte. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre wurde mehrheitlich befürwortet, jedoch nur, wenn die politische Bildung in und außerhalb der Schule einen viel größeren Stellenwert erfahre als bislang. Das „Kinderwahlrecht“ wurde sowohl aus Gründen der Verfassung als auch wegen praktischer Hürden in der Umsetzung verworfen.

Ein riesiges Bündel an Beobachtungen, Ideen, Bedenken und Grenzen hat sich den Teilnehmern der Tagung aufgetan – unmöglich, hier Patentrezepte zu entwickeln. Doch der Auftrag der Mitgliederversammlung 2010 von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bleibt richtig und wichtig, sich zu diesem Themenfeld zu positionieren und Handlungsempfehlungen an die politischen Entscheidungsträger zu übermitteln. Insofern ist es Ziel, bis zur Mitgliederversammlung am 29. Oktober ein Papier zur Verabschiedung zu entwickeln, das auf den Erkenntnissen des Kasseler Workshops basiert und möglichst konkrete Vorstellungen weiterträgt.

Der Vorsitzende von Gegen Vergessen– Für Demokratie e.V. Joachim Gauck wies in seiner unvergleichlich humorvollen Art darauf hin, dass es sich mit der Demokratie nicht anders verhalte als mit einem geliebten Partner. Ein Idealbild werde man bei beiden nie verwirklicht sehen. Am Ende lebe man immer nur mit einem „Mängelwesen“, wie man selbst eines ist – und muss sich damit arrangieren.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Bundespresseamt

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war an den diesjährigen Tagen der offenen Tür der Bundesregierung am 20. und 21. August zum dritten Mal mit einem eigenen Stand im Bundespresseamt vertreten. Unsere Vereinigung nutzte die Chance, die vielfältigen Tätigkeiten des Gesamtprojektes sowie auch Schwerpunktprojekte wie die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Etwa 150 000 Besucherinnen und Besucher waren es insgesamt, die an diesen beiden Tagen durch die Ministerien, den Bundestag und das Bundeskanzleramt streiften – nicht wenige darunter, die auch das Bundespresseamt besuchten. Der Stand erwies sich für uns als ein Erfolg: Wir konnten nicht nur viele Flyer und Zeitschriften verteilen, sondern führten vor allem auch viele Gespräche mit interessierten Besucherinnen und Besuchern. So wurden es zwei Tage, die uns in unserem Engagement gegen Rechtsextremismus und für Demokratie bestärkten.

Bürger zeigten reges Interesse am Stand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Bundespresseamt. Foto: Ruth Wunnicke

Pressekonferenz in Berlin:
Rechtsextreme ködern Jugendliche über soziale Netzwerke – Eltern ratlos

Martin Ziegenhagen (3. von links) stellte die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus auf der Pressekonferenz vor. Foto: Liane Czeremin

Neonazis missbrauchen immer massiver soziale Netzwerke im Internet, um ihre Hasspropaganda zu verbreiten und junge Menschen für rechtsextreme Aktivitäten zu mobilisieren. Das merkt die Meldestelle für jugendgefährdende Inhalte im Internet jugendschutz.net, und das zeigt sich auch in den Anfragen, die die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. erreichen.

Rechtsextreme im Internet – ein Thema, das auch Medien und Öffentlichkeit stark umtreibt – schon vor dem grausamen Amoklauf in Norwegen. Dementsprechend groß war das Interesse an der gemeinsamen Pressekonferenz von jugendschutz.net und Online-Beratung unter dem Hut der Bundeszentrale für politische Bildung am 21. Juli in der Hessischen Landesvertretung in Berlin. Rund 80 Pressevertreter kamen und ließen sich informieren über die aktuellen Trends und die ganz konkreten Folgen für Eltern und Familien.

Martin Ziegenhagen, Projektleiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, sagte: „Nur wenige Eltern können mit den Medienwelten ihrer Kinder mithalten, Neonazis haben da leichtes Spiel." Oft kommen sie auf Facebook oder in Foren zunächst harmlos daher, sprechen sich gegen Kinderschänder und für soziale Gerechtigkeit aus. Oder die Rechtsextremen werben für spannend klingende Aktivitäten, Zeltlager, Konzerte, Partys. Ziegenhagen: „Die harte Propaganda kommt später, offline oder in geschlossenen Foren." Eltern bemerken häufig erst spät, in welche Kreise ihre Kinder hereingeraten, und reagieren dann hilflos und geschockt. Die Online-Beratung bietet diesen Eltern kompetente Unterstützung.

Doch viele Mütter und Väter kennen die virtuelle Beratungsstelle gar nicht. In einem neuen Projekt im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" arbeiten die Berater nun daran, Eltern die Online-Beratung bekannt zu machen. Das soll etwa in Zusammenarbeit mit Familienberatungsstellen und Einrichtungen der Jugendhilfe geschehen. Darüber hinaus sprechen sich die Mitarbeitenden aber dafür aus, flächendeckend mehr Aufklärung zu betreiben, Lehrer und Eltern zu schulen und das Thema Medienkompetenz im Internet in den Regel-Lehrplan der Schulen aufzunehmen. Ziel kann es dabei nicht sein, Plattformen wie Facebook zu verteufeln, doch der sichere Umgang mit ihnen sollte geübt werden.

Denn jugendschutz.net hat allein 6000 rechtsextreme Beiträge in sozialen Netzwerken im Jahr 2010 gezählt, dreimal mehr als im Vorjahr. Eine Zahl, die die Betreiber solcher Plattformen eigentlich auf den Plan rufen müsste. Doch die tun laut Stefan Glaser von jugendschutz.net zu wenig. Glaser: „Es kann nicht angehen, dass Rechtsextreme diese Dienste für ihre Hasspropaganda missbrauchen. Betreiber wie YouTube und Facebook müssen mehr tun, um das zu verhindern." Und Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale, ruft die Netzgemeinde auf, aktiv zu werden gegen Rechtsextremismus und so Verantwortung zu übernehmen.

Dies sind Forderungen, die von den Medienvertretern aufgenommen wurden. Über die Pressekonferenz wurde allein von etwa 30 deutschen Zeitungen berichtet, darin sind die Online-Medien noch nicht enthalten. Dazu kommen zahlreiche Radiosendungen und TV-Beiträge wie in der Tagesschau. Auch türkische, österreichische und dänische Medien berichteten. Ein toller Erfolg bei dem Versuch dafür zu werben, mehr für die Risiken im Internet zu sensibilisieren und auf das Hilfsangebot der Online-Beratung hinzuweisen. Die Zahl der Anfragen schnellte in der Folge der Berichterstattung in die Höhe, was zeigt, dass es hier tatsächlich großen Informationsbedarf gibt.

Der Bericht von jugendschutz.net: „Rechtsextremismus online" steht auf der Internet-Seite www.hass-im-netz.info zum kostenlosen Download bereit und ist als Broschüre in begrenzter Stückzahl auch in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Berlin erhältlich.
Ein Video über die Pressekonferenz ist auf Youtube eingestellt (www.youtube.de/onlineberatung), ebenso wie ein Kurz-Clip, der zur Ansprache von Eltern auf Facebook konzipiert ist. Beide Filme können auch über den Youtube-Button auf der Internetseite www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de gefunden werden sowie auf der Facebook-Seite.

Mecklenburg-Vorpommern: Gemeinsamer Einsatz gegen Rechtsextremismus

Dorffeuerwehren ohne Führung, Parteien ohne Mitglieder und Vereine ohne ausreichende Mittel, um der professionellen Jugendarbeit der NPD das Wasser zu reichen: Die Liste der Probleme, die engagierte demokratische Bürger in Vorpommern aufzählen, ist lang. Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Joachim Gauck hat sie sich bei einem Besuch am 2. September in der ostvorpommerschen Kreisstadt Anklam angehört und in einer Gesprächsrunde gemeinsam mit den Beteiligten versucht, nach Lösungsstrategien zu fahnden.

Es geht um die Schwierigkeit, in einer Hochburg der rechtsextremen NPD und der freien rechtsextremistischen Kräfte demokratisches Engagement zu organisieren. Da berichtet der Rechtsextremismus-Experte Günther Hoffmann von Fortbildungen bei der Feuerwehr, die von Rechtsextremen dominiert werden. Die Pastorin Frauke Reek-Winkler erzählt von Jugendlichen, die von ihr erwarten, mit den Freizeitangeboten der NPD mitzuhalten (Reek-Winkler: „Bungee-Jumping für einen Euro, tut mir leid, das können wir nicht anbieten.“) Und der örtliche Caritas-Leiter zeigt sich auch nach etlichen Jahren fassungslos darüber, dass gerade in seinem Dorf so viele Menschen der NPD nahestehen. Ulrich Höckner: „Ich weiß einfach nicht warum.“ Joachim Gauck ist überrascht von dem Ausmaß der Probleme und wundert sich über die dennoch gute Laune der Anwesenden: „So resigniert sehen Sie aber gar nicht aus.“

„Na wir haben ja uns“, kontert Annett Freier vom Verein Demokratisches Ostvorpommern. Mit dem DemokratieLaden in der Anklamer Innenstadt haben sich die Engagierten mit Hilfe der Bundeszentrale für politische Bildung einen Ort geschaffen, an dem sie sich treffen und austauschen können und auch gegenseitig Mut machen, um nicht aufzugeben.

Und hier liegen – so das Ergebnis des Gesprächs – auch die Lösungen: sich vernetzen, von anderen lernen, die demokratischen Parteien und Verbände dazu bringen, vor Ort Gesicht zu zeigen und die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Und das nicht nur im Wahlkampf. Denn die NPD auf der anderen Seite, so berichten die Einwohner, ist in Anklam und Umgebung das ganze Jahr über sehr sichtbar.

Auf der anschließenden Lesung in Anklam hat Joachim Gauck zwei Tage vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern die Zuhörer mit eindringlichen Geschichten aus der eigenen Biografie aufgefordert, demokratisch wählen zu gehen. Gauck in Richtung Publikum: „Und wenn Sie das nicht tun, werde ich Ihnen im Traum erscheinen – und das nicht angenehm!“ Eine humorvolle Drohung, die hoffentlich zumindest die Zuschauer in der Anklamer Nikolaikirche an die Urne getrieben hat. Entwarnung gab es am Wahltag nämlich nicht, bei geringer Wahlbeteiligung hat die NPD im Landkreis Ostvorpommern und dem benachbarten Uecker-Randow zweistellige Ergebnisse erzielt. Annett Freier vom DemokratieLaden ist sich immerhin sicher: „Der Besuch von Herrn Gauck war für uns und unsere Partner Bestätigung und Motivation in unserem Engagement. So ein Austausch ist uns wichtig, um Verständnis dafür zu wecken, dass im ländlichen Raum andere Problemlagen herrschen als in der Stadt. Denn diese Unterschiede haben natürlich Folgen für mögliche Formen von bürgerlichem Engagement. “

Joachim Gauck mit Moderator Wilhelm vom Nordkurier während der Lesung in der Anklamer Nikolaikirche : Foto: Liane Czeremin

RAG Rhein-Ruhr West

„Fest der Freiheit“ prüft die Demokratie

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. feiert Verfassungstag in Hochfeld. Diskussion zwischen Bosbach und Krings

Martin Krampitz

Hochfeld. Da hat sich was gedreht. Zwei prominente Vertreter der CDU und der SPD plädieren für mehr direkte Demokratie, aber gezielt und mit Augenmaß. Beim "Fest der Freiheit" zum Verfassungstag auf dem Platz vor der evangelischen Paulus-kirche in Hochfeld trafen am Sonnabend vor rund 100 Zuhörern Wolfgang Bosbach, innenpolitischer Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Altoberbürgermeister Josef Krings zusammen. Beide waren sich einig, dass mehr Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen notwendig ist. Bei der Frage wieviel, gingen die Meinungen allerdings auseinander.

Nach den Ereignissen um Stuttgart 21, so Krings, sei doch offensichtlich, dass die Bevölkerung mehr direkt an politischen Entscheidungen beteiligt werden müsse, „nicht nur bei neuen Straßen oder Bebauungsplänen“.

Bosbach warnte angesichts schlechter Erfahrungen plebiszitärer Elemente in der Weimarer Republik. Aus diesen Erfahrungen hätten sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes strikt gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene im Grundgesetz gewandt. „Heute sind wir allerdings ein ganzes Stück weiter“, so Bosbach. „Wir haben heute viele plebiszitäre Elemente auf kommunaler und auf Länderebene.“ Doch solche Volksabstimmungen mit Ja oder Nein seien nicht auf komplexere Themen übertragbar, so Bosbach: „Das ist beim Steuerrecht, bei der Gesundheits- oder der Rentenreform schon schwieriger. Wozu sage ich da Ja oder Nein?“

„Insgesamt sind die Bürger heute viel selbstbewusster und kritischer als früher. Das ist auch richtig so“, stellte Bosbach fest. „Politik ist zu wichtig, als sie alleine den Politikern zu überlassen. Eine Demokratie lebt davon, dass viele mitmachen, völlig unabhängig davon, wo sich die Bürger engagieren.“ Krings kritisierte dagegen den großen Einfluss der zahlreichen Lobbyistengruppen.

Zum dritten Mal feierte die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. den Verfassungstag in Hochfeld. Neben einer Diskussionsrunde zum Thema „30 Jahre Integrationsarbeit in Hochfeld“ gab es bei dem fröhlichen Volksfest bis zum Abend u.a. Gospels, Shanties, Arbeiterlieder, Irische Folklore, Rock und Pop der 70er und 80er Jahre zu hören, u.a. vom Neudorfer Gospelchor „praise together“, dem Chor der Marinekameradschaft Kormoran, der Gesangsgruppe Mensch zu Mensch oder der Band „Higgins Dirty Work“.

Vom Gospel-Chor bis zur Rockband reichte die Bandbreite an musikalischer Unterhaltung auf dem „Fest der Freiheit“, im Bild die Gruppe „Hochfelder Sazevi“. Foto: Torsten Steinke, RAG Rhein-Ruhr-West

Foto: Josef Krings (links)und Wolfgang Bosbach (rechts) diskutieren moderiert von RAG-Sprecher Dr. Günther Neumann über mehr Bürgerbeteiligung an Demokratie. Foto: Karl-Heinz Alby

Der Artikel erschien zuerst in der WAZ Duisburg am 23. Mai 2011. Wir danken für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

RAG Baden-Württemberg

Sektion Böblingen/Herrenberg/Tübingen

Ein Grabstein für Izak Abramovitz (1898 – 1945)

Volker Mall und Harald Roth

Sam Baron kam im November 1944 vom KZ Stutthof nach Hailfingen, wo sein Vater Izak Abramovitz starb. Als sein Bruder von Hailfingen nach Bergen-Belsen transportiert werden sollte, fuhr er – trotz eindringlicher Warnungen – mit ihm. In Bergen-Belsen erkrankte Sam Baron an Typhus; sein Bruder starb dort im April 1945.

Nach der Befreiung durch die britische Armee am 15. April 1945 wollte Sam Baron illegal mit dem Schiff nach Palästina. Dabei wurde er von den Briten aufgegriffen und nach Zypern gebracht, wo er bis 1947 in einem Internierungslager war. 1952 heiratete er in Israel Tova Markowitz. Im März 1952 ging das Ehepaar nach Kanada und schließlich 1956 in die USA.

Im Sommer 2008 hatten wir ihn dort gefunden und ihm u.a. mitgeteilt, wo sein Vater beerdigt wurde.

Sam Baron war sehr krank, aber er wollte unbedingt zur Einweihung der KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen im Juni 2010 kommen, und der Gedanke daran hielt ihn aufrecht. Mit seiner Frau Tova, die 1945 ebenfalls in Bergen-Belsen befreit worden war, und seinem Sohn Eric erlebte er die Einweihungsfeierlichkeiten und die Begegnung mit drei seiner Mithäftlinge nach 65 Jahren.

Eine dringende Bitte hatte er: Auf dem Gruppengrab im Tailfinger Friedhof, in dem sein Vater liegt, für seinen Vater einen Grabstein aufzustellen. Anfang Juli 2011 kamen Sam und Tova Baron mit ihrem Sohn Eric und der Enkelin Elsie auf Einladung der Gedenkstätte Bergen-Belsen nach Deutschland und waren dabei auch vier Tage zu Gast in Tailfingen.

Harald Roth hielt am Grab auf Englisch eine Rede, die hier übersetzt abgedruckt wird:

„Jeder Mensch hat einen Namen. Bei der Geburt geben die Eltern ihrem Kind einen Namen. Der Name begleitet den Menschen durch das ganze Leben, ja über den Tod hinaus. Auf dem Tailfinger Friedhof erinnern Grabsteine an die verstorbenen Bewohner Tailfingens. Mit einer Ausnahme: Hier auf diesem Gräberfeld erinnerte bis vor einem Jahr nur das Holzkreuz mit der Aufschrift ‚Hier ruhen 72 unbekannte KZ-Häftlinge' und der Grabstein des Ignaz Klein, den die Söhne Anfang der sechziger Jahre errichten ließen, an den gewaltsamen Tod der Häftinge des KZ-Außenlagers Hailfingen/Tailfingen. Durch unsere Recherchen gelang es uns, die Namen der Opfer herauszufinden, die von den Nazis in dem Massengrab verscharrt wurden und Anfang Juni 1945 – auf Anordnung der französischen Besatzer – umgebettet wurden.

Am 6. Juni 2010 konnten wir diese Namenstafel hier aufstellen und damit endlich den Ermordeten ihren Namen zurückgeben.

Sam, Tova, Eric und Elise Baron am Grab von Izak Abramovitz im Juli 2011.
Foto: Harald Roth

Sie, lieber Sam Baron, waren mit ihren Angehörigen bei dieser Zeremonie dabei. Auf der Tafel ist auch der Name Ihres Vaters vermerkt, der hier – im Alter von 47 Jahren – sein Leben lassen musste. Sie haben danach den Wunsch geäußert, für ihren geliebten Vater einen persönlichen Grabstein zu errichten. Hier steht nun – 65 Jahre nach dem Tod Ihres Vaters – der Grabstein mit der Inschrift:

Chaim yitzchak ben dov Izak Abramovitz 1898 – 1945 In Loving Memory of his Family

Beloved wife Liba, sons Berko & Leopold, Daughter Feighy

Rest in Peace my dear Father. You were loved and respected by all and will be forever missed

Your loving son – Sam Baron

Diesen Moment wollten Sie unbedingt erleben. Deshalb haben Sie sich – trotz ihres angeschlagenen Gesundheitszustandes – auf den weiten Weg nach Deutschland gemacht – belgeitet von Ihrer Frau Tova, ihrem Sohn Eric und ihrer Enkeltochter Elise. Die Warnungen der Ärzte haben Sie in den Wind geschlagen.

Es muss noch hinzugefügt werden: In Bergen-Belsen haben Sie kurz vor der Befreiung ihren Bruder Berko verloren. Erstmals waren Sie jetzt in diesem Sterbelager, in dem im Frühjahr 1945 Tausende ums Leben kamen. Die Toten wurden nicht mehr registriert. Auch für Ihre Frau Tova war es eine Rückkehr an die letzte Station eines langen Leidensweges. In Bergen-Belsen ruht ihr Bruder in einem der vielen Massengräber, so dass sie dort keinen konkreten Ort des Gedenkens haben."

Elise Baron schrieb am 9. Juli 2011 ins Gästebuch der Gedenkstätte:

"Thank you so much for creating this museum and memorial for the people who suffered at this camp. It means the world for my grandfather to have recognition and honor for what he and his family went through and the loss of his father. I am so glad to see the joy and satisfaction he has gotten from this."

Volker Mall und Harald Roth sind Mitglieder der RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen/Herrenberg/Tübingen

„Reichsdeutsche" Juden im KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen

Vor 70 Jahren nach Riga deportiert

Volker Mall und Harald Roth

25 der 601 im November 1944 von Stutthof ins KZ Hailfingen/Tailfingen transportierten Häftlinge kamen aus Deutschland oder Österreich. 19 von ihnen sind in Hailfingen gestorben, drei in Vaihingen/Enz. Das Schicksal von einem Häftling ist ungeklärt. 17 „reichsdeutsche" Hailfinger Häftlinge sind vor 70 Jahren nach Riga deportiert worden und zwar:

von Hamburg am 6. Dezember 1941 Erich Littmann,
von Köln am 7. Dezember 1941 Max Leiser und Ludwig Löwenthal,
von Kassel am 9. Dezember 1941 Siegfried Müller und Max Steinhardt,
von Düsseldorf am 11. Dezember 1941 Oskar Wyngard,
von Hannover am 15. Dezember 1941 Arthur Cahn und Philipp Paul Arensberg,
von Münster/Osnabrück am 13. Dezember 1941 Julius Markus und Heinz Wertheim,
von Leipzig/Dresden am 21. Januar 1942 Artur Marchotzki, von Wien am 26. Januar 1942 Izidor Reichenbaum,
von Berlin bzw. Gut Linden am 1. März 1943 Max Lindenstraus.

Das Ghetto Riga, in das 17 „reichsdeutsche" Hailfinger Häftlinge deportiert wurden.
Quelle: Bundesarchiv, BA 183-N1212-326

Max Steinhardt und Philipp Paul Arensberg wurden am 6. August 1944 von Riga nach Stutthof transportiert. Mit diesem Transport kamen wohl auch fast alle anderen „Reichsdeutschen“: Max Leiser, Erich Littmann, Julius Markus, Siegfried Müller, Izidor Reichenbaum, Heinz Wertheim und Oskar Wyngard. Artur Marchotzky und Ludwig Löwenthal kamen erst am 1. Oktober 1944 von Riga nach Stutthof, Arthur Cahn am 14. Oktober 1944.

Paul Philip Arensberg wurde am 9. April 1885 in Alverdissen geboren. Er war verheiratet mit Lotte, geborene Blankenberg, 1906 in Hameln geboren. Das Ehepaar hatte zwei Kinder: Walter, geboren 1931 in Alverdissen und Judith oder Tana Judis, geboren 1939 in Hannover. Die Familie wohnte in Hannover und wurde am 15. Dezember 1941 von dort ins Rigaer Ghetto verschleppt. Paul Philipp Arensberg kam am 10. August 1944 von Riga nach Stutthof und von dort im November 1944 nach Hailfingen, wo er die Nummer 40 448 erhielt. Wo und wann er starb, ist ungeklärt. Todesort von Lotte Arensberg und ihrer Tochter Tana Judis könnte Riga oder auch Stutthof sein. Walter Arensberg soll in Auschwitz gestorben sein. Ihre Namen sind auf dem Mahnmal in Hannover dokumentiert.
(Quelle: Mitteilung Dr. Peter Schulze vom Stadtarchiv Hannover am 18. Februar 2007. Newsletter Society of Survivors of the Riga Ghetto, April 2008, S. 17.)

Arthur Cahn wurde am 20. August 1902 in Bochum geboren, kam am 15. Dezember 1941 von Hannover nach Riga und am 14. Oktober 1944 nach Stutthof, wo er die Nummer 98 008 erhielt. Über Stutthof wurde er im November 1944 nach Hailfingen (Nr. 40 755) deportiert und starb dort am 19. Dezember 1944. Fiktive Todesursache: Herzschwäche. Er wurde im Krematorium des Friedhofs Unter den Linden in Reutlingen eingeäschert.

Max Leiser
Max Leiser kam von Riga aus nach Stutthof und von dort nach Hailfingen, wo er am 5. Dezember 1944 starb. Er ist einer der 15 Opfer, die im Krematorium des Ebershaldenfriedhofs in Esslingen eingeäschert wurden.
„Max Leiser, geb. 1890 in Kerpen, wohnte in Köln zunächst Lotharstr. 32, dann Spichernstr. 30, verheiratet mit Johanna, geb. Mai 1877 in Bergheim, Kerpen. Sie wurde mit ihrem Mann am 7./8. Dezember 1941 nach Riga deportiert und ist verschollen. Die Tochter Inge Leiser, geb. Oktober 1915, wurde mit den Eltern deportiert und ist verschollen...“ (Auskunft Barbara Becker-Jákli Köln). „In den frühen Morgenstunden des 7. Dezember 1941 wurden die Opfer von den (Kölner) Messehallen zum Bahnhof Deutz-Tief gebracht...Die Geheime Staatspolizei hatte den ehemaligen Leiter des Kölner Jüdischen Wohlfahrtsamtes, Max Leiser, zum Transportleiter bestimmt... „Die zehn Gruppenältesten unterstanden dem Lagerältesten Max Leiser. Chef des Arbeitsamtes war Schultz... Schultz und Leiser mussten ihre Meldungen an Krause machen und dieser musste die Anzahl der Arbeiter... an das Reichssicherheitshauptamt weiterleiten... Nach dem Massaker an der lettischen jüdischen Polizei wurde das lettische Ghetto dem deutschen Ghetto angegliedert... Max Leiser war jetzt auch für die lettischen Juden zuständig.“ (Andrej Angrick/Peter Klein, Die „Endlösung“ S. 127, 124 u. 227f.)
Die Suche nach Verwandten von Max Leiser blieb bisher ohne Ergebnis.

Erich Littmann wurde am 10. Dezember 1925 in Hamburg geboren. Beim Pogrom vom November 1938 wurde der Vater Moritz Littmann in Gestapohaft genommen. Im März 1938 soll die Familie nach Shanghai emigriert sein. Erich Littmann wurde allerdings mit seiner Mutter und seiner Schwester am 6. Dezember 1941 von Hamburg aus nach Riga deportiert.
Er wurde über Stutthof am 17. November 1944 nach Hailfingen (Natzweiler Nummer 40 716) transportiert. Von dort kam er mit einem Transport am 14. Februar 1945 ins „Krankenlager“ in Vaihingen/Enz und starb dort am 21. Februar 1945.
(Quelle: Auskunft Kulturbehörde Hamburg, Staatsarchiv, am 31. Juli 2007)

Ludwig Löwenthal wurde am 27. Juni 1906 in Goldbach geboren, wurde am 7. Dezember 1941 von Köln nach Riga deportiert und kam von dort am 1. Oktober 1944 nach Stutthof. Von Stutthof kam er am 17. November 1944 auf den Transport nach Hailfingen (Nr. 40 717).
Gestorben ist er am 28. Dezember 1944, fiktive Todesursache Blutkreislaufstörung. Er wurde im Krematorium des Friedhofs Unter den Linden Reutlingen eingeäschert.
(Quellen:Totenmeldung und Einäscherungsverzeichnis StadtA Reutlingen Rt AdN 1055a.)

Artur Marchotzki wurde am 20. Dezember 1914 in Königsberg als Sohn von Max Marchotzki und Elsa, geb. Schmidt, geboren. Seine Frau Rita, geb. Fabian, wurde am 10. Juli 1915 in Tilsit geboren. Am 31. Oktober 1937 zog er von Berlin nach Leipzig, seine Frau kam am 2. Dezember 1937 nach. Beide zogen von Leipzig am 25. September 1940 in das jüdische Lehrgut „Gut Winkel“. Am 11.1.1941 kehrten sie allerdings von dort wieder zurück nach Leipzig und wurden am 21. Januar 1942 mit dem Transport Leipzig-Dresden nach Riga deportiert. Von dort kam Artur Marchotzki am 1. Oktober 1944 nach Stutthof.
In Hailfingen kam er am 19. November 1944 an und starb dort am 15. Dezember 1944 an Herzschwäche – so die fiktiv angegebene Todesursache. Er wurde am 20. Dezember 1944 im Krematorium des Friedhofs Unter den Linden in Reutlingen eingeäschert. Seine Frau hat den Holocaust überlebt und ist nach Israel ausgewandert.
(Quellen: Totenmeldung und Einäscherungsverzeichnis StadtA Reutlingen Rt AdN 1055a.Staatsarchiv Leipzig)

Julius Markus wurde am 16. Dezember 1921 in Mühlheim/Ruhr geboren. Er wurde am 13. Dezember 1941 von Münster- Osnabrück nach Riga deportiert. Über Stutthof kam er im November 1944 nach Hailfingen, wo er am 24. Januar 1945 starb. Er wurde ins Massengrab an der Landebahn des Flugplatzes Hailfingen gelegt und von dort im Juni 1945 auf den Tailfinger Friedhof umgebettet.

Siegfried Müller wurde am 15. Dezember 1907 in Niederstein geboren. Er kam am 9. Dezember 1941 von Kassel nach Riga. Über Stutthof kam er im November 1944 nach Hailfingen, wo er am 18. Januar 1945 starb. Er wurde ins Hailfinger Massengrab gelegt und am 2. Juni 1945 auf den Tailfinger Friedhof umgebettet.

Izidor Reichenbaum wurde am 15. Februar 1896 in Bielitz geboren. Am 26. Januar 1942 wurde er von Wien nach Riga deportiert. Über Stutthof kam er im November 1944 nach Hailfingen. Ob er von Hailfingen über Dautmergen nach Dachau kam, wo er unter der Nummer 26 489 registriert ist, ist unklar. Er wurde am 13. März 1945 in Vaihingen als gestorben gemeldet.

Max Steinhardt wurde 1896 in Witzenhausen geboren. Er heiratete im Mai 1926. Das Ehepaar lebte in Witzenhausen. Am 5. August 1927 wurde die Tochter Marga geboren, 1932 der Sohn Alfred. Am 9. Dezember 1941 wurde die Familie von Kassel aus nach Riga und am 6. August 1944 von dort in das KZ Stutthof deportiert. Alfred Steinhardt , 11 Jahre alt, kam im September 1944 mit dem letzten Transport nach Auschwitz und wurde dort ermordet.
Max Steinhardt wurde am 17. November 1944 von Stutthof, wo er die Nummer 63 455 hatte, nach Hailfingen deportiert, starb dort zwei Tage nach der Ankunft des Transportes als erstes Opfer am 21. November 1944 und wurde am 25. November 1944 im Reutlinger Krematorium eingeäschert. Als Todesursache gab Stabsarzt Rothe in der Totenmeldung Herzschwäche an.

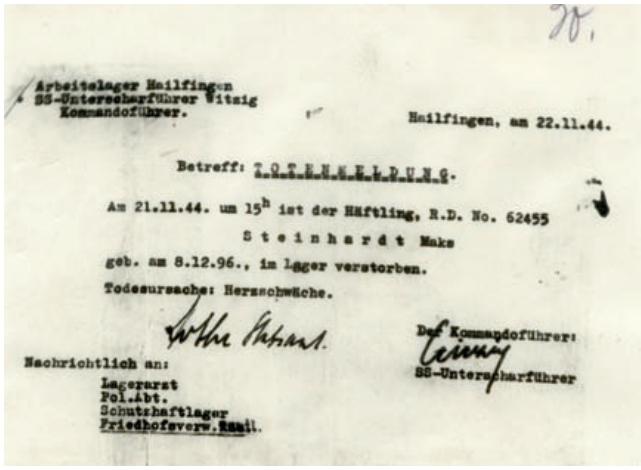
Heinz Wertheim wurde am 27. Juni 1915 in Gildehaus geboren und wurde am 13. Dezember 1941 von Münster- Osnabrück nach Riga deportiert Über Stutthof kam er nach Tailfingen (Nr. 40 978). Sein weiteres Schicksal ist ungeklärt.
(Quelle: Newsletter Society of Survivors of the Riga Ghetto, April 2008, S. 17)

Oskar Wyngard wurde am 13. Februar 1898 in Lank-Latum (Krefeld-Uerdingen) geboren, kam am 11. Dezember 1941 von Düsseldorf nach Riga. Über Stutthof kam er nach Tailfingen und von dort nach Auflösung des Lagers am 14. Februar 1945 nach Dautmergen, wo er am 7.3.1945 starb.
(Quelle: Gedenkbuch BA Bd. VI, S. 3782)

Volker Mall und Harald Roth sind Mitglieder der RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Die Namenstafel auf dem Tailfinger Friedhof. Darauf ist auch Julius Markus verzeichnet. Foto: Harald Roth

Ein Foto von Max Steinhardt aus dem Jahr 1938. Quelle: Marga Griesbach



Arbeitslager Hailfingen
SS-Untersturmführer Witzig
Kommandoführer.

Hailfingen, am 22.11.44.

Betreff: TOTENMELDUNG.

Am 21.11.44. um 15h ist der Häftling, R.D. No. 62455
Steinhardt Max
geb. am 8.12.96., im Lager verstorben.
Todesursache: Herzschwäche.

Der Kommandoführer:
SS-Untersturmführer

Nachrichtlich an:
Lagerarzt
Pol.Abt.
Schutzhaftlager
Friedhofsverw.Reutl.

Die Meldung des Todes von Max Steinhardt. Quelle: Stadtarchiv Reutlingen RT AdN 1055a

RAG Westfalen

Forschen zu Zeitgeschichte und Zivilcourage Cornelia Schmalz-Jacobsen diskutierte in einer Herbstakademie mit jungen Mitgliedern über die „Zukunft der Erinnerung“ / Eindrucksvolle Spurensuche am KZ-Gedenkort Moringen, in Göttingen und im Lager Friedland.

Stefan Querl

Zeitgeschichte und Zivilcourage nahm jetzt eine Historische Jugendakademie der Villa ten Hompel zur „Zukunft der Erinnerung“ offensiv in den Blick. Zu Gast war dabei die stellvertretende Bundesvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Cornelia Schmalz-Jacobsen, die zum Auftakt des Workshops für junge Mitglieder das intensive Gespräch mit den 15 Teilnehmenden aus Ost-, West- und Norddeutschland über den Rettungswiderstand ihrer Eltern suchte. So hatten Donata Hardt und Eberhard Helmrich in der NS-Diktatur durch Verstecke, ihre Kontakte zu Freunden und anderen Familien und durch falsche Identitätsnachweise geholfen, verschiedene Verfolgte vor Verhaftung, KZ, Selektion und Massenmord zu bewahren. Unabhängig voneinander wurden beide in Israel geehrt – mit Bäumen in der weltberühmten Allee der Gerechten unter den Völkern, die in der Gedenkstätte Yad Vashem auf dem Herzl-Berg errichtet, gepflegt und fortdauernd um Tafeln erweitert wird.

„Zwei Bäume in Jerusalem“ lautet mit Bezug darauf der Titel des pointiert geschriebenen Porträts zum Wirken ihrer Eltern, das Cornelia Schmalz-Jacobsen in Buchform 2002 bei Hoffmann und Campe vorgelegt hatte und jetzt mit aktuellen Anmerkungen zur Diskussion stellte. Dabei sei das Wort vom „Rettungswiderstand“ erst ein Fachbegriff neuerer Forschung zur NS-Vergangenheit, betonte sie ausdrücklich. „Garantiert hätten meine Eltern das niemals selbst so ausgedrückt.“ Ihr Motiv sei vielmehr Menschlichkeit gewesen. „Sie hätten ihr Handeln keinesfalls als Widerstand definiert. Sie wollten einfach ‚normal sein‘ in einer Zeit, in der die Normalität völlig ‚baden gegangen‘ war.“

Cornelia Schmalz-Jacobsen war Jugend- und Familiensenatorin des Landes Berlin, FDP-Generalsekretärin, Bundestagsabgeordnete sowie von 1991 bis 1998 – und damit in der Phase brutaler rechtsextremer Anschläge auf Flüchtlingswohnheime und Migranten im wiedervereinigten Deutschland – die „Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer“. Nachhaltig engagiert sie sich mit dem Vorsitzenden Dr. h.c. Joachim Gauck, mit Eberhard Diepgen, Prof. Dr. Bernd Faulenbach und weiteren führenden Persönlichkeiten im Bundesvorstand der überparteilichen Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, die mit der Villa ten Hompel der Stadt Münster der Ausrichter der innovativen Jugendakademie in Gleichen bei Göttingen war. Mit besonderer geographischer und historischer Überlegung war der Tagungsort gewählt worden – nämlich mitten im dünn besiedelten Waldgebiet der früheren „Zonengrenze“, die auch zur Erinnerung an das Unrecht während der deutsch-deutschen Teilung bis 1989/90 veranlasste.

Zum Auftakt der historischen Herbstakademie besuchte Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellvertretende Bundesvorsitzende von "Gegen Vergessen - Für Demokratie", die Gruppe. Foto: Stefan Querl

Sehr nahe ging den Workshop-Teilnehmern zudem der Besuch des KZ-Gedenkorts in Moringen im Kreis Northeim. Junge Menschen waren hier zum angeblichen Zwecke der „Besserung“ eingesperrt, misshandelt, ausgebeutet und zu Menschenversuchen missbraucht worden. Einige Gebäudeteile des früheren Werkhauses werden heute für den niedersächsischen Maßregelvollzug genutzt. Sie sind daher nur teilweise für eine Spurensuche zugänglich. Ausdrücklich sehr offen präsentierte sich das symbolträchtige Friedland: In der berühmten Sammelunterkunft waren nach dem Zweiten Weltkrieg die so genannten „Heimkehrer“, befreite deutsche Kriegsgefangene, Vertriebene, Flüchtlinge und andere Migrationsgruppen untergebracht und auf andere Bundesländer verteilt worden. Der Dialog über diese Aspekte von Erinnerung sei extra mit in das Programm der Neumitglieder-Akademie eingeflossen, betonten die Veranstalter, Stefan Querl aus dem Team der Villa ten Hompel und Horst Wiechers, Regionalsprecher von Gegen Vergessen – Für Demokratie im Münsterland. So werde augenfällig, wie das „Jahrhundert der Extreme“ eben auch eine facettenreiche, zum Teil widersprüchliche Geschichts- und Gedenkkultur nach sich gezogen habe.

Stefan Querl ist Mitarbeiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel in Münster und Mitglied der RAG Westfalen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Der ehemalige Kriegsgefangene Jean Pavot (93) vor dem Denkmal für die 108 Fremdarbeiter in Filderstadt-Sielmingen.

Gedenkstein für Zwangsarbeiter und ausländische Kriegsgefangene in Filderstadt

Gabriele Dönig-Poppensieker/Nikolaus Back

Mehrere Millionen Menschen aus ganz Europa (die Schätzungen schwanken zwischen 7 und 12 Mio.) mussten während des Zweiten Weltkriegs als Kriegsgefangene oder zivile Zwangsarbeiter in Deutschland arbeiten. Vor einigen Jahren war dieses Thema vor allem im Zusammenhang mit dem Entschädigungsfonds häufiger in den Schlagzeilen, inzwischen ist es allerdings stiller geworden. Kürzlich hat eine Initiative in Filderstadt-Sielmingen bei Stuttgart erreicht, dass für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ein Gedenkstein aufgestellt wurde.

Nicht weniger als 108 so genannte „Fremdarbeiter“ aus Frankreich, Polen, der Ukraine, Russland und Belgien waren in dem damals rund 1.900 Einwohner zählenden Dorf vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt. Nach der NS-Ideologie hätten diese

Einweihung des Gedenksteins, von links nach rechts: Initiator Paul Schurr, Bildhauer Waldemar Beck, Oberbürgermeisterin Dönig-Poppensieker und der französische Generalkonsul Charbonnier. Fotos: Nikolaus Back

Menschen als „minderwertig" behandelt werden müssen. Dennoch bestanden für jede einzelne Familie als Arbeitgeber gewisse Spielräume, um sich für oder gegen Humanität zu entscheiden. Tatsächlich hielten die meisten Dorfbewohner an ihrem christlich-humanistischen Menschenbild fest und behandelten „ihre" Fremdarbeiter mit Respekt und Fairness.

Nun gibt es einen weiteren besonderen Grund für die Sielminger, gerade den französischen Zwangsarbeitern dankbar zu sein. Dies betrifft die lokalen Ereignisse bei Kriegsende. Nachdem am 20. April 1945 der Ort kampflos den Franzosen übergeben worden war, tauchte einen Tag später eine deutsche Einheit von mehreren hundert Soldaten in Sielmingen auf, die nicht wusste, dass der Ort bereits besetzt worden war. Es kam zu Gefechten mit Toten auf beiden Seiten. Prekär an dieser Sache war, dass der Bürgermeister noch am Vortag beteuert hatte, es befänden sich keine deutschen Soldaten am Ort. Aus verständlichen Gründen waren die Franzosen empört, sie nahmen den Bürgermeister als Geisel und forderten von den Sielmingern in kürzester Zeit eine hohe Geldsumme. Nach den heutigen Erkenntnissen kann es als sicher gelten, dass es der Fürsprache der hier lebenden französischen Fremdarbeiter zu verdanken war, dass es zu keinen weiteren militärischen Strafmaßnahmen kam. Mit großem Engagement hatten sie sich beim französischen Militär für eine schonende Behandlung Sielmingens eingesetzt und damit schließlich auch Erfolg gehabt. Es gab also jenseits eines Freund-Feind-Denkens auch Humanität und Zivilcourage.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee, durch einen Gedenkstein an den mutigen Einsatz der französischen Zwangsarbeiter zu erinnern. Eine Initiative von Sielminger Bürgern unter dem ehemaligen Gemeinderat Paul Schurr gab den Anstoß für einen Gedenkstein auf dem Sielminger Friedhof, der zu einem erheblichen Teil durch Spenden finanziert werden konnte.

Im Mai 2011 konnte der Gedenkstein eingeweiht werden. Unter den Gästen befand sich auch Jean Pavot, ein inzwischen 93-jähriger einstiger französischer Kriegsgefangener, der aus Paris angereist war. An diesem von Waldemar Beck gestalteten Gedenkstein sind die Namen aller 108 Zwangsarbeiter, die während des Zweiten Weltkriegs in Sielmingen arbeiten mussten, aufgeführt. Ein weiterer Gedenkstein erinnert an acht beim Einmarsch gefallene französische Soldaten, deren Namen erst seit Kurzem im Französischen Militärarchiv in Caen ermittelt werden konnten.

Gabriele Dönig-Poppensieker ist Oberbürgermeisterin von Filderstadt und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Nikolaus Back ist Leiter des Stadtarchivs Filderstadt.

Hans Bonkas wurde 90

Hans Bonkas in seinem Element, der Vermittlung historischer Kenntnisse an Jugendliche. Foto: Dennis Riffel

Am 26. August feierte unser Ehrenmitglied Hans Bonkas seinen 90. Geburtstag. Immer noch erzählt er Jugendlichen unermüdlich von seinem Widerstand gegen zwei Diktaturen und fordert sie auf, sich aktiv an der Demokratie zu beteiligen. In einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen, trat er schon 1932 in das „Jungbanner", die Jugendorganisation des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" ein und beteiligte sich an Flugblattaktionen gegen Hitler. Nach dem Krieg verweigerte Hans Bonkas wie viele andere Sozialdemokraten die Zwangsvereinigung mit der KPD und arbeitete im Untergrund gegen die Kommunisten. Er wurde von einem sowjetischen Gericht wegen angeblicher Spionage und „Verrats der Arbeiterklasse" zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde in 25 Jahre Zuchthaus umgewandelt, wovon er sieben Jahre verbüßte.

Seit 1990 wirkt Hans Bonkas aktiv im Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold – Bund aktiver Demokraten e.V mit, seit 1992 als Schatzmeister, seit 1996 als Bundesvorsitzender und nunmehr als Ehrenvorsitzender. Sein Lebenswerk ist die Vermittlung historischer Kenntnisse an Heranwachsende und Jugendliche. Dies geschieht z.B. durch die Organisation von Seminaren, auf denen sich Schülerinnen und Schüler einer ostdeutschen und einer westdeutschen Schule über geschichtliche Themen austauschen. Auch die vom Reichsbanner erarbeitete Ausstellung „Für eine starke Republik - Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 bis 1993" wurde durch sein Engagement schon an vielen Schulen gezeigt.

Jörg Skriebeleit mit Wilhelm-von-Pechmann-Preis geehrt

Dr. Jörg Skriebeleit, Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und gemeinsam mit Dr. Alexander Schmidt Sprecher der RAG Nordostbayern, wurde am 20. Juli 2011 in München für seine „Erinnerungs- und Bildungsarbeit" mit dem Wilhelm-von-Pechmann-Preis der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern ausgezeichnet. Der mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Preis ist nach Wilhelm Freiherr von Pechmann benannt, einem entschiedenen NS-Gegner und Mitglied der „Bekennenden Kirche". Der Preis würdigt hervorragende Leistungen in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus sowie vorbildlichen Einsatz für das Gemeinwesen. Neben Jörg Skriebeleit wurden 2011 vier weitere Preisträger geehrt, darunter die Evangelische Jugend Oberfranken und eine 9. Klasse der Stephani-Mittelschule Gunzenhausen, die gemeinsam mit Ihrer Lehrerin die jüdische Geschichte Gunzenhausens im 20. Jahrhundert erforscht hatte.

Ausgezeichnet mit dem Wilhelm-von-Pechmann-Preis: Jörg Skriebeleit (2. von links) und das Team der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Foto: KZ-Gedenkstätte Flossenbürg.

Zur Erinnerung an Heinz Putzrath

Bernd Faulenbach

Vor 15 Jahren, am 24. September 1996, starb plötzlich Heinz Putzrath, von dem entscheidende Impulse zur Gründung der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ausgingen. Ich erinnere mich gut an Gespräche mit ihm Anfang der 90er Jahre: ihn, den Verfolgten des NS-Regimes, trieb der Gedanke um, dass die Erinnerungsarbeit der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung auch nach deren Tod weitergeführt und deshalb auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse. Dazu wollte er, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, ein überparteiliches Projekt ins Leben rufen, das von Demokraten auch der anderen Parteien unterstützt wurde. Ihm gelang es, prominente Persönlichkeiten, insbesondere Hans-Jochen Vogel, dafür zu gewinnen.

Schon von seiner Lebensgeschichte her war Heinz Putzrath – wie Hans-Jochen Vogel in seiner Trauerrede 1996 erklärte – ein „außerordentlicher Mann“. 1916 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Breslau geboren, besuchte er das Realgymnasium und schloss sich als Schüler dem Deutsch-Jüdischen Wanderbund und dem Sozialistischen Schülerbund an. Im Kontext der Auseinandersetzungen im Überlebenskampf der Republik wurde er als 16jähriger Mitglied der KPD-Opposition (KPO), die anders als die moskauorientierte KPD-Führung eine schroffe Frontstellung gegen die SPD ablehnte. Zunächst in einer Autoschlosserei tätig, dann in einer Tapisseriefabrik eine kaufmännische Ausbildung beginnend, engagierte er sich in der Widerstandsarbeit gegen Hitler, wurde jedoch schon im September 1933 verhaftet und wegen Hochverrats zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Aus der Haft entlassen, floh der 17jährige nach Holland, absolvierte hier eine Bauschlosserlehre in einem Werkdorf des jüdischen Flüchtlingskomitees, wurde 1936 jedoch wegen politischer Betätigung ausgewiesen und rettete sich in die Tschechoslowakei und von dort nach Großbritannien, wo er – „mit dem Gesicht nach Deutschland“ – in einer Baufirma und dann in einer Flugzeugfabrik arbeitete. 1940/41 als Deutscher interniert, verstärkte er während des Krieges sein politisches Engagement. Er trat der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter bei, arbeitete in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ mit, die in der Sozialdemokratie aufging.

1946, nach 12jährigem Exil, kehrte Heinz Putzrath nach Deutschland zurück und wurde Auslandsreferent des SPD-Vorstandes, zunächst in Hannover, seit 1951 in Bonn. In dieser Eigenschaft wirkte er als Mann der praktischen Politik an der Wiedergründung der Sozialistischen Internationale mit und knüpfte Beziehungen der SPD zur Arbeitspartei in Israel. Einige Jahre später war er Mitgründer der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

Heinz Putzrath auf einem Foto von 1970. Foto: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung.

Seit 1961 arbeitete er als Geschäftsführer der Organisation „Weltweite Partnerschaft“, die technische Entwicklungshilfe leistete, und war von 1968 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1981 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Nach dem Eintritt in den Ruhestand begann bei Putzrath eine neue Phase rastloser Tätigkeit, in deren Mittelpunkt die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und mit jeder Form der Totalisierung stand. Seit 1982 war er Berater der Historischen Kommission beim SPD-Vorstand, die von Susanne Miller geleitet wurde, die ihn aus dem Londoner Exil kannte. In vielfältigem Kontakt mit Menschen in aller Welt stehend, die während der NS-Zeit verfolgt worden waren, wurde er 1983 zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten gewählt, gab die AVS-Mitteilungen heraus und wurde über Jahre zum Motor dieser Arbeitsgemeinschaft.

Das Projekt „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ geht nicht nur wesentlich auf seine Initiative zurück, auch der Name stammt von ihm. Mit großer Energie engagierte er sich für die neue Vereinigung. Besonders am Herzen lagen ihm die Zeitzeugen- und die Gedenkstättenarbeit. So war es voller Symbolik, dass er auf dem Weg von einer Sitzung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten kommend wenige Monate vor Vollendung des 80. Lebensjahres in Berlin starb. Bei der Trauerfeier sprach Johannes Rau von einem „erfüllten Leben“, „das geprägt war durch den Kampf gegen die nationalsozialistische Barbarei und dem Einsatz für die soziale Demokratie“. Hans-Jochen Vogel schloss seine Trauerrede für die Vereinigung mit den Worten: „Wir aber wollen mit und in unserem Projekt fortfahren, was er begonnen hat. Wir wollen sein Vermächtnis erfüllen, [...], das lautet: Dem Vergessen wehren, die Demokratie verteidigen.“

Literaturhinweis: Johannes Rau/Bernd Faulenbach (Hg.): Heinz Putzrath. Gegen Nationalsozialismus. Für soziale Demokratie, Essen 1997.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Nachruf auf Noach Flug

Am 11. August starb im Alter von 86 Jahren der Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Noach Flug, nach kurzer, schwerer Krankheit in Jerusalem. Noach Flug, geboren 1925 in Lodz, wurde mit seiner jüdischen Familie von den Nationalsozialisten ins Ghetto von Lodz und später nach Auschwitz deportiert. Befreit wurde er als 20-jähriger am 6. Mai 1945 im Lager Ebensee in Österreich. Er wog 32 Kilo. Nach seiner Befreiung studierte Noach Flug in Warschau Ökonomie. 1958 siedelte er mit seiner Familie nach Jerusalem über. Er war bis zu seinem Ruhestand im diplomatischen Dienst des Staates Israel tätig. 2002 wurde Noach Flug von den Überlebenden des Lagers Auschwitz-Birkenau zum Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees gewählt. In seiner rastlosen Tätigkeit – auch als Präsident der Holocaust-Überlebenden in Israel – ging es ihm vor allem um die Erinnerung an die Ermordeten und die Lebensumstände der Überlebenden: die finanzielle Entschädigung für alle überlebenden Sklavenarbeiter des Dritten Reiches war für ihn nicht in erster Linie eine finanzielle Frage, sondern ein Problem, das sich aus der Würde und der Verletzlichkeit der betroffenen Menschen sowie ihrem tiefen Wunsch nach Gerechtigkeit ergab.

Besonders setzte sich Noach Flug – gemeinsam mit seinen polnischen und französischen Freunden – für den Erhalt und die zukünftige pädagogische Arbeit der Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau ein. Die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim/Auschwitz, die durch viele Spenden und aus Mitteln der deutschen Bundesregierung errichtet worden war, galt ihm als der wichtigste Beweis für das Erinnerungsvermögen und die Zukunftsfähigkeit der deutschen Außenpolitik.

Noach Flug war kein durch seine Geschichte Getriebener. Freundlichkeit und Menschenliebe prägten seinen Charakter: Aus dem Dunkel der Geschichte die Demokratie zu stärken, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen und die Toleranz unter den Menschen zu fördern – das waren seine Triebfedern. Er sprach – gemeinsam mit seiner Frau Dorotha, die ebenfalls Auschwitz überlebt hat – mit Jugendlichen in aller Welt ohne Aggression und Bitternis über ihre Erlebnisse. 2006 war Noach Flug durch Bundespräsident Horst Köhler mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden: seine engen Verbindungen zu deutschen Institutionen und zu deutschen Freunden waren ihm ein ständiges Anliegen und eine Freude. Die Welt ist ohne Noach Flug dunkler und ärmer geworden.

Noach Flug wurde in Jerusalem bestattet. Das Internationale Auschwitz Komitee hat am 6. September 2011 mit einer Trauerfeier in Berlin an Noach Flug erinnert, auf der neben Wegbegleitern und Freunden auch Bundespräsident Christian Wulff sprach und an der auch der Vorsitzende von
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Joachim Gauck, sowie Geschäftsführer Dr. Michael Parak teilnahmen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Sektion Böblingen/Herrenberg/Tübingen

Nachruf Barend Koekkoek

Barend Koekkoek wurde am 23. Mai 1910 in Groningen geboren. Von 1940 bis 1942 arbeitete er als Drucker bei der Firma J. P. Kamperdijk in Amsterdam und war im Widerstand. Er hatte sechs Geschwister, die alle im Holocaust umkamen. Er war verheiratet mit Aaltje Dieuwertje Broekhuizen, einer Nichtjüdin. Der Sohn Johannes (Joop) Philip Koekkoek wurde am 14. Juni 1943 geboren. Am 18. April 1944 wurde Barend Koekkoek in Amsterdam verhaftet und ins Gefängnis in Scheveningen gebracht. Von dort kam er am 4. Mai 1944 nach Westerbork und am 5. September 1944 von Den Haag aus nach Auschwitz. Der Transport von dort kam am 18. Oktober 1944 in Stutthof an; am 17. November 1944 wurde er nach Hailfingen transportiert. Dort starb er am 28. November 1944 – fiktive Todesursache „Herzmuskel- und Kreislaufschwäche" – und wurde am 5.12.1944 im Krematorium Reutlingen eingeäschert.

Im Frühjahr 2009 waren wir auf einen Brief des niederländischen Roten Kreuzes an Frau Aaltje Dieuwertje Koekkoek gestoßen, in dem ihr mitgeteilt wurde, dass ihr Mann, Barend Koekkoek, am 28. November 1944 in Natzweiler gestorben sei. Über den Geburtsnamen von Frau Koekkoek konnten wir den in den Niederlanden lebenden Sohn des Ehepaares, Joop Koekkoek, ausfindig machen. 60 Jahre lang hatten seine Mutter und er angenommen, dass sein Vater in Natzweiler (Elsass) gestorben sei, weil es so ja vom Roten Kreuz mitgeteilt worden war. Wir teilten ihm nun mit, dass Barend Koekkoek im KZ Hailfingen/Tailfingen, einem Außenlager von Natzweiler, gestorben ist, und dass er am 5. Dezember 1944 im Krematorium Reutlingen im Friedhof „Unter den Linden" eingeäschert wurde.

Joop Koekkoek kam im September 2009 mit seiner Frau Nora nach Herrenberg und Tailfingen. Bei einem Besuch des Friedhofes „Unter den Linden" legten sie einen Strauß an der Stelle nieder, an der die Asche von Barend Koekkoek liegt. Wie die Tochter des ersten Hailfinger Opfers, Marga Griesbach geb. Steinhardt (USA) und der Sohn von Alfred Wald, Robert Wald (Montpellier), die im Sommer 2008 den Friedhof besucht hatten, bedauerte und kritisierte auch Joop Koekkoek, dass an dieser Stelle, dem Mahnmal mit der Inschrift „Den Opfern der Gewalt 1933-1945", jeder Hinweis auf die Opfer fehlte. Barend Koekkoeks Frau war 2004 gestorben. Joop Koekkoebrachte brachte bei seinem Besuch eine Fülle von Dokumenten aus dem Nachlass seiner Mutter mit, mithilfe derer das im Gedenkbuch „Jeder Mensch hat einen Namen" abgedruckte Porträt ergänzt werden konnte.
Joop und Nora Koekkoek kamen zur Eröffnung der Gedenkstätte und nahmen am 6. Juni 2010 an der Einweihung der

Joop Koekkoek im Friedhof Unter den Linden in Reutlingen. Foto: Harald Roth

Namenstafel auf dem Reutlinger Friedhof teil. Joop Koekkoek war sehr froh über das Zusammentreffen mit Überlebenden, die zusammen mit seinem Vater im Lager waren.
Wir hatten ausgemacht, dass er die letzte Band, die er im Ruhestand noch als Manager betreute, zu einem Konzert nach Tailfingen bringt. Leider konnten er und seine Frau zum Auftritt der Steel Electric Band am 12. April 2011 im „Grünen Baum" nicht mitkommen. Ursprünglich wollten sie auf der Rückreise vom Urlaub Ende Juni 2011 erneut zu uns ins Gäu kommen. Daraus wurde leider nichts mehr, weil Joop Koekkoek kurz vorher schwer erkrankte.

Joop Koekkoek ist am 7. Juli 2011 gestorben.
Wenige Wochen zuvor hat er geschrieben:

„Leider werde ich nicht mehr gesund. Darum bin ich froh darüber, was ich in den letzten Jahren erfahren habe in Hailfingen. Es ist gut Freunde da zu haben. Ich danke Dir und deinen Freunden dafür, was sie für uns gemacht haben... Nora und ich danken dafür..."

Wir trauern um einen Freund.

Volker Mall ist Mitglied der RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen.

Innere Bilder wird man nicht los

Wolfgang Jacobeit

Dies ist wahrlich ein Opus magnum: Helmuth Bauer hat das Schicksal von über 1000 Frauen dokumentiert, die meist aus den besetzten Ländern nach Ravensbrück, dem größten Frauen-KZ des NS-Regimes, deportiert und von dort zur Zwangsarbeit in das Flugzeug-Motorenwerk der Daimler-Benz AG in Genshagen verbracht worden sind.

Der Autor ließ sich nach seiner Promotion (!) in den Daimler-Benz-Werken zum Maschinenschlosser ausbilden und arbeitete dann über zehn Jahre im Werkzeug- und Sondermaschinenbau. In den 1980er-Jahren stellte er im Rahmen eines Forschungsauftrags auf dem Gelände des Flugzeugmotorenwerks in Genshagen Recherchen über das dortige Geschehen während des Krieges an. Das war der Auftakt für sein großes Buch. Nun wollte Bauer alles erfahren über die Frauen, die 1944/45 im KZ-Außenlager „Daimler-Benz Genshagen" in Ludwigsfelde Zwangsarbeit leisten mussten.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Namen der Genshagener Häftlinge kaum bekannt, genau so wenig, wie man über die Transporte von Jüdinnen aus Budapest oder von Polinnen nach dem Warschauer Aufstand wusste. Gleiches gilt für die Art der Zwangsarbeit in Genshagen, einschließlich der harten, unmenschlichen Bedingungen unter den stets anwesenden SS-Schergen. Bauer ging auf die Suche nach überlebenden „Genshagener Frauen", und er fand sie nahezu überall in Europa, in Israel und in Übersee. Diese umfangreichen, zeitaufwändigen Recherchen waren die Mosaiksteine für sein Werk. Sie führten aber zwischenzeitlich ebenso zu – oft von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück organisierten – Begegnungen von Überlebenden und Wissenschaftlern, von Generationen, von ehemaligen KZ-Häftlingsfrauen und Mitarbeitern der Daimler-Benz AG zur Frage der „Entschädigung" von Zwangsarbeit. „Das waren", schreibt Bauer, „keine leichten Begegnungen für beide Seiten, denn das ungelöste Problem der ‚Entschädigungen' lag lastend zwischen Gastgebern und Gästen, und doch hat Daimler-Benz bis ins Jahr 2000 hinein immer wieder die von Sigrid Jacobeit und mir angeregten und organisierten Begegnungen finanziell getragen".

Bauer begann die Gesprächspartnerinnen nach ihren Erlebnissen in Genshagen und ihren weiteren Lebenswegen zu befragen. Drei Frauen hat er exemplarisch ausgewählt und ihnen reich bebilderte biografische Studien gewidmet: den ungarischen Jüdinnen Edit Bán Kiss (1905–1966) und Ágnes Galambos Bartha (geb. 1922) und der politischen Aktivistin Frieda Franz Malter.

Edit Bán Kiss war es als Malerin und Bildhauerin gegeben, sich nach dem Ende des NS-Regimes in Budapest als Künstlerin mit dem in Ravensbrück und Genshagen erlebten Grauen auseinanderzusetzen. Das geschah durch 30 – im Buch abgedruckte – Gouachen, in denen sie die Deportation vom Beginn bis zum Ende in großartig-erschütternder Fertigkeit für die Nachwelt dokumentiert hat. Als Bildhauerin machte sich Edit Bán Kiss 1948 abermals einen Namen: An einer Außenwand der Synagoge in Ujpest stellte sie den Holocaust in vier Etappen bis zur Befreiung durch die Rote Armee dar. Nicht zuletzt mit diesem Werk trug die Künstlerin wesentlich zur Schaffung eines Gedenkortes für jüdische Märtyrer in Ungarn bei. Aber Edit Bán Kiss wollte nicht in Ungarn bleiben. Nach der Ausreise verbringt sie mehrere Jahre mit ihrem Mann im marokkanischen Casablanca, dann in Paris. Sie leidet unter Depressionen. 1966 begeht sie Selbstmord.

Edits jüdischer Kameradin Ágnes Galambos Bartha (*1922) ist das zweite Kapitel gewidmet. Es beginnt im Zelt des KZ Ravensbrück, wo sie mit Edit Bán Kiss eine Schlafstelle teilt. Sie wird Zeugin, als Edit Morphium nimmt, um sich zu vergiften. Das gelingt nicht, und Ágnes hilft ihr, wieder Lebensmut zu finden. Beide Frauen halten auch nach der Befreiung und ihrer Rückkehr nach Budapest engen Kontakt – bis zu Edits Freitod 1966.

Bauer zeichnet das Leben von Ágnes Bartha nach deren Erzählungen über Elternhaus, Schule, erste große Liebe und Ausbildung als Fotografin bis zur Deportation nach Ravensbrück-Genshagen minutiös auf. Nach der Befreiung gingen und fuhren Ágnes und Edit zuerst von Genshagen nach Ravensbrück, um dort die notwendigen Papiere für die Heimkehr zu bekommen. In Budapest erfuhr Edit vom Tod ihrer Eltern in Auschwitz. „Wie unter einem inneren Zwang hat Edit dann in wenigen Wochen die 30 Gouachen gemalt. ... Sprechen konnte sie darüber nicht, aber sie hat alles hineingemalt, was sie in ihren Gefühlen spürte. Vielleicht hat sie geglaubt, sie könnte sich damit von den Erinnerungen befreien. Aber innere Bilder wird man nicht los" (S. 185).

Der Tod von Edit hat Ágnes' Leben verändert. Sie hat sich noch einmal mit der Fotografie beschäftigt, sich dem Alltag mit Höhen und Tiefen ergeben. Ihr Leben erhielt erst wieder Sinn, als sie mit Bauer an dessen großem Werk mitzuwirken begann.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit einer deutschen Genshagenerin: Frieda Franz Malter (1902–2001). Sie hat ihr Dasein in Genshagen so beschrieben: „Ich habe getan, was ich als Häftling tun konnte." So hat sie es fertiggebracht, als Büroschreiberin den Namen von Edit Kiss aus einer Liste von zur Vernichtung bestimmter Frauen zu streichen und sie so zu retten. Edit Kiss hat sie das nie erzählt.

Friedel Malter, genannt „Friedchen", war Arbeiterkind und lebte in Breslau. Im Alter von 25 Jahren trat Frieda Franz Malter in die Kommunistische Partei ein, beteiligte sich 1929 am Streik der Textilarbeiter in Schlesien, kandidierte als Betriebsrat in ihrer Fabrik, wurde damit unkündbar. Auf Wunsch von Ernst Thäl-

mann sollte sie auf einem Parteitag in Berlin über den Textilarbeiterstreik sprechen.

Schon im Juni 1933 wurde sie verhaftet, saß über ein Jahr im Zuchthaus, bis sie vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zu drei Jahren Haft und KZ (Moringen) verurteilt wurde. Nach weiteren KZ-Etappen landete sie schließlich in Ravensbrück. Von dort aus wurde sie zu den Auer-Werken in Oranienburg abkommandiert und dann nach Genshagen verbracht – die letzte und schwerste Station ihrer Gefangenschaft. Nach der Befreiung nahm sie verschiedene Funktionen in der SBZ/DDR wahr.

1100 Frauen mussten in Genshagen für Daimler-Benz unter schwierigsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Das Buch enthält eine Liste mit ihren Namen (S. 658–684) und den wichtigsten Angaben zu ihrer Identität. Mit eindrucksvollen Abbildungen wird der Leser auf die wachsende Bedeutung der Daimler-Benz AG im Dritten Reich, aber auch schon seit den 1920er-Jahren aufmerksam gemacht. Bauer kann darlegen, dass auch ein mächtiger Konzern mit einem silbernen Stern seine Schatten nicht loswird. „Auf den Reichsparteitagen in Nürnberg war der Dreizackstern neben dem Hakenkreuz das einzige zugelassene Symbol." Auf vielen weiteren Seiten belegt Bauer die engen Beziehungen des Konzerns zu Hitler und dem Nationalsozialismus. Nicht wenige Beispiele stammen aus dem Archiv der Daimler-Benz AG – eine Freizügigkeit, die im Allgemeinen bei großen Firmen nicht besteht.

Im Kapitel 6 kommen noch einmal die Frauen von Genshagen zu Wort – Beispiele für die Unmenschlichkeit der Behandlung jener Menschen, die zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Kapitel 7 ist eine Fortsetzung der Erzählungen der Frauen nicht nur über ihre grausame Behandlung, sondern auch über Erinnerungen an Verlorenes. Die Dichte beider Kapitel zeigt, mit welcher Intensität Bauer sein Forschungsmaterial erhoben und ausgewertet hat.

Kapitel 8 befasst sich mit den Ereignissen nach der Wiedervereinigung. In diesen Jahren konnten die Forschungen über das Geschehen an den ostdeutschen Zeugnisstätten auf einer breiteren Basis von Neuem weitergeführt werden.

Helmuth Bauers großartiges Werk ist ein Beispiel für die Anwendung eines interdisziplinären Prinzips, durch das nunmehr ein Forschungsergebnis mit einer relevanten gesellschaftspolitischen Aussage erreicht werden konnte.

Helmuth Bauer:
Innere Bilder wird man nicht los.
Die Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz Genshagen
(Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 30).
Metropol Verlag, Berlin 2011
SBN: 978-3-940-93888-6
704 Seiten
39,90 Euro

Wolfgang Jacobeit ist Kulturhistoriker und war Professor an der Humboldt-Universität.

Polens eigensinniger Held

Andreas Mix

Die Geschichte Polens ist voller Volten und Ironien. So fiel der Traum der polnischen Rechten aus der Zwischenkriegszeit von einem homogenen Nationalstaat nach dem Zweiten Weltkrieg den Kommunisten zu. Die Volksrepublik wiederum verteidigte ein steifer adeliger General gegen einen charismatischen, schnauzbärtigen Arbeiterführer. Lech Walesa, der mit List und Beharrlichkeit Polen als ersten Stein aus dem Ostblock brach, gehört zu den faszinierendsten Gestalten der europäischen Zeitgeschichte. Reinhold Vetter, langjähriger Polenkorrespondent des Handelsblatts, zeichnet in seiner Biografie das Porträt eines Mannes, der mit unbändiger Energie und einem außerordentlichen politischen Instinkt ausgestattet ist.

Lech Walesa wurde 1943 als Sohn eines Tischlers in Kujawien geboren. Der Vater geriet wenige Wochen nach der Geburt des Sohnes in deutsche Kriegsgefangenschaft. An den Folgen starb Boleslaw Walesa, als Lech zwei Jahre alt war. Im Gegensatz zu den nur wenige Jahre jüngeren Zwillingsbrüdern Lech und Jaroslaw Kaczynski führten die familiären Erfahrungen des Leids durch die nationalsozialistische Okkupation bei Walesa nicht zu antideutschen Ressentiments.

Die Volksrepublik ermöglichte jungen Männern wie Walesa den sozialen Aufstieg. Aus den ärmlichen Verhältnissen des Dorfes floh der Vierundzwanzigjährige in die Großstadt Danzig, um sich als Elektriker auf der Lenin-Werft zu verdingen. Im Musterbetrieb der Volksrepublik erlebte er die Widersprüche der Planwirtschaft: Die ideologisch hofierten Arbeiter schufteten unter miserablen Verhältnissen bei schlechter Entlohnung, während die Nomenklatura Korruption und Nepotismus pflegte. Der von den Machthabern blutig niedergeschlagene Arbeiteraufstand im Dezember 1970 beschleunigte die politische Sozialisation Walesas. Der Werftleitung galt der junge Familienvater als einer der Rädelsführer der Unruhen. Entsprechend ging der Sicherheitsdienst gegen Walesa vor. Die belegten Verhöre und anschließenden regelmäßigen Gespräche führten später wiederholt zu Anschuldigungen, Walesa sei unter dem Decknamen „Bolek“ bis 1974 ein Informeller Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes gewesen. Da die Akten unvollständig sind, lassen sich die Vorwürfe bis heute nicht zweifelsfrei belegen.

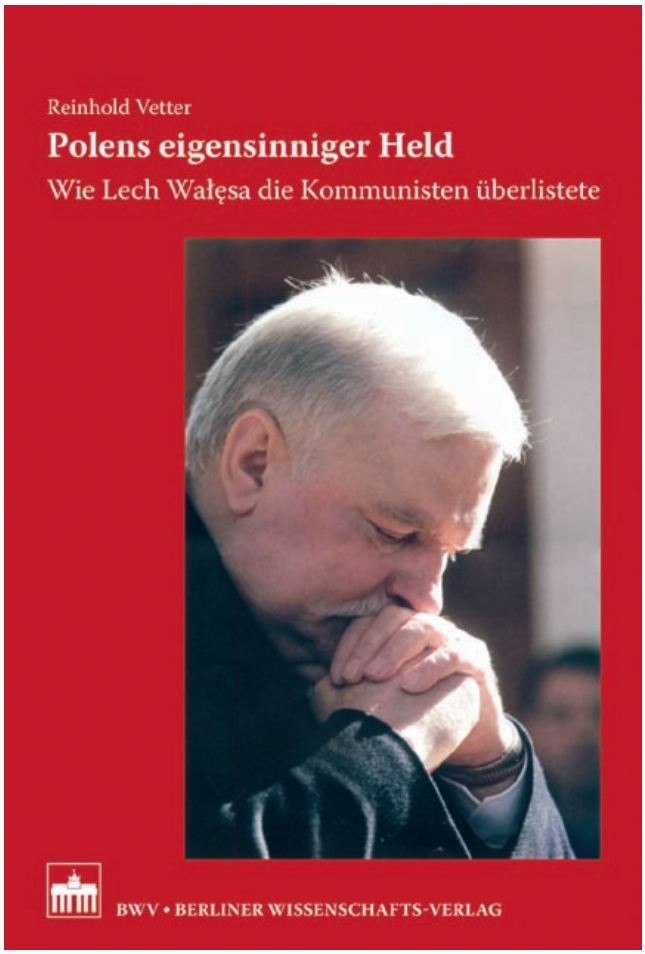
In dem Ende der 1970-er Jahre geknüpften Netzwerk zwischen Intellektuellen und Arbeiteraktivsten sollte Walesa zu einem taktisch geschickten Protestführer heranreifen. Seine Stunde schlug im August 1980, als es aufgrund der desolaten Versorgungslage erneut zu Ausständen an der Ostseeküste kam. Mit seiner Entschlusskraft, seinem Verhandlungsgeschick und seinem Gespür für politische Symbole wurde Walesa zum Gesicht des Streiks, der rasch das ganze Land erfasste. Vetter erinnert in den ausführlichen Schilderungen der bewegenden Wochen im Sommer 1980 daran, dass der Streik von Vielen getragen wurden. Dazu gehörten Arbeiter wie die Kranführerin Anna Walentynowicz, aber auch Intellektuelle wie Jacek Kuron und Geistliche wie Henryk Jankowski. Das Abkommen zwischen den Arbeitern und der Staatsmacht vom 31. August 1980, das Walesa mit einem riesigen Kugelschreiber mit dem Konterfei von Papst Johannes Paul II. unterschrieb, erfüllte nicht nur zahlreiche soziale, sondern auch politische Forderungen der Streikenden. Mit der Zulassung der freien Gewerkschaft Solidarnosc war der Herrschaftsanspruch der Kommunisten gebrochen. Die fünfzehn Monate des gesellschaftlichen Aufbruchs endeten abrupt, als General Wojciech Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht über das Land verhängte. Wie viele andere Solidarnoscaktivisten wurde auch Lech Walesa verhaftet. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1983 stärkten jedoch seine Stellung als Sprachrohr und Symbolfigur der Opposition.

Als die Machthaber erkannten, dass Reformen ohne die Zustimmung der Gesellschaft nicht durchsetzbar waren, konnte Walesa auf die politische Bühne zurückkehren. Beim Umbau der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des Staates am Runden Tisch im Frühjahr 1989 unterstützten ihn, wie schon im Sommer 1980, zahlreiche Berater. Viele von ihnen wie Tadeusz Mazowiecki oder Bronislaw Geremek sollten nach der Systemtransformation wichtige politische Ämter übernehmen – und sich mit ihrem alten Weggefährten Walesa überwerfen. Die am Runden Tisch getroffenen Kompromisse zwischen Machthabern und Opposition waren beispielhaft für den gesamten Ostblock. Sie wurden jedoch schon bald von der rasanten Entwicklung des „Völkerfrühlings“ überholt. Einmal mehr trieb Walesa die Dinge voran. Der von ihm inszenierte „Krieg an der Spitze“ teilte die Opposition in verschiedene politische Lager. Den Zerfall der integrativen Gewerkschaftsbewegung in Parteien wertet Vetter nicht als Sündenfall, sondern vielmehr als Geburtswehen der III. Republik. Die Bilanz von Walesas Präsidentschaft fällt zwiespältig aus. Erfolge konnte er in der Außenpolitik verbuchen: Der Abzug der Roten Armee, die Annäherung Polens an NATO und EU sowie die vertieften Beziehungen zum wiedervereinigten Deutschland sicherte er mit seiner internationalen Reputation ab. In der Innenpolitik verschliss er seine Autorität durch einen sprunghaften Politikstil. Die Präsidentschaft war geprägt von Zerwürfnissen mit alten Weggefährten, permanenten Personalrochaden und Konflikten mit den wechselnden Regierungen.

Das Charisma des Volkstribunen war nicht auf das Amt des Staatsoberhaupts übertragbar. Die Niederlage gegen den alerten Postkommunisten Aleksander Kwasniewski im harten Präsidentschaftswahlkampf 1995 konnte Walesa lange nicht überwinden. Im neuen Polen fand der zweiundfünfzigjährige Ex-Präsident keinen würdigen Platz. Die Rolle des Elder statesman passt zu dem impulsiven und immer noch tatenhungrigen Walesa nicht. Für die scharfen Angriffe aus dem nationalkatholischen Lager

auf die internationale Ikone des friedlichen Systemwandels in Osteuropa hat Vetter kein Verständnis. Im Gegensatz zu vielen jungen konservativen Historikern und Publizisten wiegen für ihn die Erfolge des Oppositionsführers und Solidarnoscvorsitzenden mehr als die zweifelhaften Vorwürfe einer zeitweiligen Spitzeltätigkeit für den Geheimdienst oder Versäumnisse im schwierigen Transformationsprozess. Vetters flüssig geschriebene Biografie erzählt nicht nur den Aufstieg eines Arbeiters zum Volkstribunen, Nobelpreisträger und Staatspräsidenten. Sie ist zugleich eine Geschichte Polens von der Volksrepublik bis in die Jahre des Systemwandels. Die Person Walesa, die Vetter als Korrespondent mit stiller Sympathie begleitet hat, bleibt in ihren Widersprüchen hingegen seltsam blass. Der Privatmann, ein achtfacher Familienvater, verschwindet bei Vetter hinter dem Ausnahmepolitiker.

Andreas Mix ist Historiker und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Hochschule der Polizei im Projekt zur Polizei im NS-Staat.



Reinhold Vetter
Polens eigensinniger Held.
Wie Lech Walesa die
Kommunisten überlistete.
Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2010.
ISBN: 978-3-830-51767-2
414 S. 37 Euro.

Vergangenes im Heute finden

Wolfgang Lüder

In der Stadt Berlin konzentriert sich an vielen Stellen die Erinnerung an Ereignisse der deutschen Geschichte. Gegenwart und Geschichte überlagern sich vielerorts. Bisweilen gerät die Erinnerungskraft eines Ortes in Vergessenheit. Hier Erinnerung wach zu halten oder auch wach zu rütteln, ist dem "PastFinder Berlin" in hervorragender Weise gelungen. Auf 280 Seiten mit mehr als 750 Fotografien und 25 detaillierten Karten präsentiert Maik Kopleck einen wohl einmaligen Stadtführer. Die kompakten und korrekten Textbeiträge ergänzen die Fotos, verbinden das Buch zu einem Informationswerk über die Diktaturen, die Deutschland im 20. Jahrhundert erlebt hat, einschließlich der Orte, an denen Gegner der jeweiligen Diktatur ihr Leben ließen, was zum Teil in denselben Lagern nacheinander geschah, wie das Beispiel des KZ Sachsenhausen zeigt. Die zahlreichen vielfältigen Gedenkstätten an die Unrechtsregime und deren Opfer findet der aufmerksame Leser anhand dieses Stadtführers ebenso wie kulturelle Schwerpunkte der Berliner Geschichte und Gegenwart. So lernt er aus dem jüdischen Leben der Stadt sowohl etwas über die Geschichte und Bedeutung der Synagoge in der Fasanenstraße im Westen als auch über die Sozialverwaltung der jüdischen Gemeinde im Ostteil (Rosenstraße) der Stadt, wo die Nazis 1943 fast 2000 Juden, die mit "Nichtjuden" verheiratet waren, interniert hatten.

Die Endphase des Zweiten Weltkrieges vom Übergang der sowjetischen Truppen über die Seelower Höhen an der Oder bis zum Kampf um den Reichstag wird kurz und trotzdem detailliert dargelegt. Auch bemerkenswerte Details finden ihren Platz in den kompakten Texten. So erfährt der Leser, dass sich Freiwillige der französischen Waffen-SS-Division "Charlemangne" für ihren deutschen Führer verkämpften und nahezu zeitgleich im "Adlon-Bunker" unter dem Pariser Platz zwei kleinere NS-Größen trafen: Josef Neckermann, damals zuständig für die Bekleidung der deutschen Wehrmacht, bot der Luftwaffenpilotin B. Köstlin 100.000 Exemplare der für Soldaten nicht mehr benötigten, aber von ihm bevorrateten Kondome an. Als Beate Uhse erwarb sie diese Kondomladung nach dem Krieg und startete damit ihr Sexshop-Imperium.
Die Fotos auf den dazu gehörigen Seiten zeigen die Zerstörung des Zentrums Berlins, des Reichstages ebenso wie des Liebermann-Hauses. Der PastFinder Berlin dokumentiert die Unmenschlichkeit der Mauer und die im Grunde trotz aller Trennung doch eine Stadt. Er ist leicht lesbar und lehrreich. Er schildert Geschichte im Stadtbild transparent, lässt die Fotos sprechen und ergänzt sie kurz, knapp und überzeugend.
Für Berliner ist das Buch ein Auskunftswerk über die letzten 300 Jahre ihrer Stadt, zu sehen in der Gegenwart. Besuchern der Stadt oder zukünftigen Besuchern hilft er, Geschichte zu verstehen und die Orte kennenzulernen. Für € 14.90 ist der Reiseführer PastFinder Berlin auch als preiswertes Weihnachtsgeschenk zu empfehlen.

Maik Kopleck
PastFinder Berlin 1933-1945
Stadtführer zu den Spuren der Vergangenheit.
Christoph Links Verlag,
Berlin 2010
ISBN 978-3-86153-326-9
96 Seiten, 14,90 Euro

Wolfgang Lüder ist ehemaliger Bürgermeister von Berlin und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die Todesmärsche 1944/45

Wolfram Wette

Nicht selten werden die Todesmärsche von 1944/45 mit dem Holocaust in Verbindung gebracht. Unter anderen war es der amerikanische Historiker Daniel Jonah Goldhagen, der in seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ (1996) die These vertrat, die Phase der Todesmärsche sei das letzte, abschließende Glied der „Endlösung der Judenfrage“ gewesen. Die Triebfeder für die Anwendung dieser Vernichtungsmethode sei in einem fanatischen, mörderischen Antisemitismus zu suchen (S. 688). Der israelische Historiker Daniel Blatman, einst Schüler von Yehuda Bauer, heute selbst Professor für Zeitgeschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, hat nun eine grundlegende Pionierarbeit über die Todesmärsche vorgelegt. Er investierte in sein Werk mehr als zehn Jahre Forschungsarbeit. Vor diesem Hintergrund ist es besonders bemerkenswert, dass die Todesmärsche für ihn „ein schwer zu erklärendes Kapitel der Geschichte des Völkermords“ bleiben (S. 680). Schon dem Untertitel seines Buches ist zu entnehmen, dass er die Todesmärsche – anders als Goldhagen - als „das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords“ begreift und damit eine Begrenzung des Blickes auf die jüdischen Opfer verwirft. Gewiss waren wohl die meisten Menschen, die durch diese Vernichtungstechnik ermordet wurden, Juden. Aber Seite an Seite mit den jüdischen KZ-Häftlingen marschierten Nichtjuden aus vielen anderen Ländern Europas, sogar aus Amerika und aus arabischen Ländern, nämlich: Usbeken, Armenier, Georgier, Ukrainer, Russen, Serben, Polen, Litauer, Letten, Albaner, Griechen, Rumänen, Italiener, Franzosen, Spanier, Belgier, Holländer, Dänen, Norweger, Briten, Türken, Deutsche und Österreicher, Sinti und Roma (S. 11 f.). Zumeist handelte es sich um Widerstandskämpfer, also politische Gegner der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik. Von den Deutschen, die für die Todesmärsche verantwortlich waren, wurden sie als Feinde der deutschen Nation betrachtet, von denen im Falle einer militärischen Niederlage Deutschlands eine potentielle Gefahr ausging. Gleichsam stellvertretend für ihre Herkunftsländer wurde nun an diesen Menschen Rache geübt, obwohl sie sich doch in der Rolle der hilflosen Opfer befanden (S. 678). Wegen der heterogenen Zusammensetzung der KZ-Häftlingsgruppen, die zu den Todesmärschen gezwungen wurden, unterschied sich die Phase der Todesmärsche, so Blatman, grundlegend von den systematischen Judenmorden der Jahre zuvor (S. 679). Welches Ziel verfolgten die Todesmärsche und wer waren die treibenden Kräfte? Hitler soll einmal in allgemeiner Weise angeordnet haben, kein KZ-Häftling dürfe den Truppen der Alliierten, die seit der Jahresmitte 1944 an allen Fronten gegen Deutschland vorrückten, in die Hände fallen. Einige SS-Führer waren bestrebt, auch unter den erschwerten Bedingungen der Kriegsendephase Potentiale der Häftlinge als Arbeitskräfte zu erhalten. Wieder andere ließen sich von dem seit Jahren praktizierten Vernichtungsgedanken leiten. Es wäre nun die Aufgabe Himmlers gewesen, für das weit verzweigte KZ-System rechtzeitig Evakuierungspläne aufstellen zu lassen. Das geschah jedoch nicht. Die Befehlslage blieb diffus, sodass die Lagerkommandanten letztlich nicht wussten, was die Führung eigentlich wollte. Daher wurden sie nun aus eigener Initiative tätig. In der Regel bedeutete das, dass sie in letzten Minute vor dem Anrücken der Roten Armee die Evakuierung der – zumeist auf polnischem Territorium befindlichen – Lager befahlen und die Häftlinge in langen, entbehrungsreichen Fußmärschen in Richtung Westen trieben. Dabei wurde jeder oder jede erschossen, der oder die diesen Anstrengungen nicht gewachsen war. Die Opfer waren es, die angesichts dieses Terrors den Begriff Todesmärsche prägten. Auf dem Territorium des Deutschen Reiches angelangt, wurden die erschöpften KZ-Häftlinge entweder in ohnehin schon überfüllte Lager gesteckt oder zu weiteren Todesmärschen mit unbekanntem Ziel veranlasst. Damit wurde die Heimatbevölkerung mit dem Schicksal dieser Menschen konfrontiert. Die Häftlinge mussten nun die angstbesetzte Feindseligkeit nicht nur des SS-Wachpersonals und von Soldaten der Wehrmacht erleben, sondern auch von Angehörigen des Volkssturms, örtlicher Polizisten, von lokalen Parteifunktionären, Ortsvorstehern und Bürgermeistern, von Angehörigen der Hitlerjugend und gewöhnlichen Zivilisten. Hilfsbereitschaft war selten, Mordbereitschaft die Regel. Insgesamt wurden im Frühjahr 1945 etwa 750.000 Häftlinge in den KZs festgehalten. Mehr als 250.000 von ihnen wurden – Blatman zufolge – in der Schlussphase des Krieges im Zuge der Todesmärsche oder durch Massaker ermordet. Der Historiker stellt einen Fall minutiös und beispielhaft dar. Nach einem opferreichen Marsch, bei dem bereits 300 Menschen zu Tode kamen, gelangte die verbleibende Gruppe von 1400 Häftlingen am 13. April 1945 nach Gardelegen bei Celle, wurde dort in eine Feldscheune nahe der Stadt eingesperrt und – wie es „im Osten“, während des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, tausendfach geschehen war, durch Abbrennen der Scheue, begleitet durch Maschinengewehrfeuer, ermordet.

Daniel Blatman:
Die Todesmärsche 1944/45.
Das letzte Kapitel des
nationalsozialistischen Massenmords.
Rowohlt Verlag,
Reinbek bei Hamburg 2011,
860 Seiten,
ISBN 978-3-498-02127-6
34,95 €

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Militärhistoriker und Mitglied von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Hermann Louis Brill (1895-1959)

Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat

Andreas Dickerboom

Hermann Louis Brill war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus während der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Nach dem Krieg wurde er Thüringens erster Regierungspräsident und später erster Chef der hessischen Staatskanzlei. An der Entstehung des Grundgesetzes besaß er einen entscheidenden Anteil. Dennoch blieb Brill nach 1945 zu Unrecht ein „Mann der zweiten Reihe" (Karsten Rudolph). Umso verdienstvoller ist es, dass dieser bedeutende Demokrat im Sammelband von Renate Knigge-Tesche und Peter Reif-Spirek eine Würdigung erfährt.

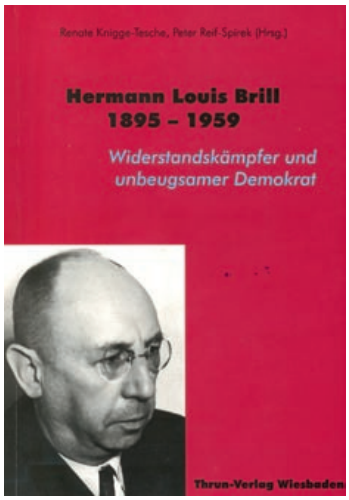
In einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen, schloss sich Hermann Brill zunächst der USPD, später der SPD an. Während der Weimarer Republik machte er sich als Gegenspieler des späteren NS-Innenministers Wilhelm Frick einen Namen. Als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses im thüringischen Landtag kam es zur Begegnung mit Hitler – eine Erfahrung, die eine zentrale Bedeutung für seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus hatte, wie Andreas Schneider schildert. Brill fasste den Entschluss, sich „diesem Manne zu widersetzen, zu jeder Zeit, überall, unter allen Umständen und mit allem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln".

Nach dem Machtantritt Hitlers aus seinen Ämtern entlassen, gründete er zusammen mit Otto Brass und anderen die Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront". Jörg Wollenberg beklagt in seinem Aufsatz, dass diese Gruppe weder vom Exilvorstand der SPD noch nach dem Krieg ausreichend Beachtung fand. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" kam Brill zunächst ins Zuchthaus Brandenburg-Görden und anschließend ins Konzentrationslager Buchenwald. Auch dort blieb sein Widerstandsgeist ungebrochen. Das berühmte „Buchenwalder Manifest" entstand unter seiner Federführung. Auch wenn die Wirksamkeit des Manifests begrenzt war, handelt es sich dennoch um ein wichtiges Dokument der Zeitgeschichte, wie Wolfgang Röll in seinem Kapitel über Brill und dessen sozialdemokratische Mithäftlinge in Buchenwald darlegt.

Nach der Befreiung zunächst Berater der amerikanischen Militärregierung in Weimar, ernannte man Hermann Brill bald zum Regierungspräsidenten Thüringens. Der Mann, dessen Lebensaufgabe darin bestand, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden, zeigte sich als entschiedener Gegner der Zwangsvereinigung von SPD und KPD und musste auf Betreiben Ulbrichts sein Amt aufgeben.

1946 wurde Brill Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei. Von besonderer Bedeutung war seine Teilnahme als Mitglied des Verfassungskonvents in Herrenchiemsee. Helmut Berding hebt in seinen Ausführungen dessen maßgebliche Rolle für die Vorbereitung unseres Grundgesetzes hervor. Hier schloss sich der Kreis einer ungewöhnlichen Karriere vom Gothaer Räterepublikaner zum Bonner Bundesrepublikaner (Manfred Overesch), denn 30 Jahre zuvor in der Revolution von 1918/19 hatte Brill am Verfassungsentwurf für eine Räterepublik mitgewirkt.

Der Sammelband zeigt viele Facetten im Wirken eines bedeutenden Mannes, der zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist. Hermann Louis Brill bot den Nationalsozialisten und später auch den Kommunisten die Stirn und kämpfte Zeit seines Lebens für einen demokratischen Sozialismus in einem freiheitlichen System.



Hermann Louis Brill (1895-1959)
Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat
Hrsg. von Renate Knigge-Tesche und Peter Reif-Spirek
Thrun-Verlag, Wiesbaden 2011
ISBN 978-3-9809513-6-4
205 Seiten 27,80 €

Andreas Dickerboom ist Sprecher der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Buchempfehlungen

Fremde Zeit – Unsere Zeit

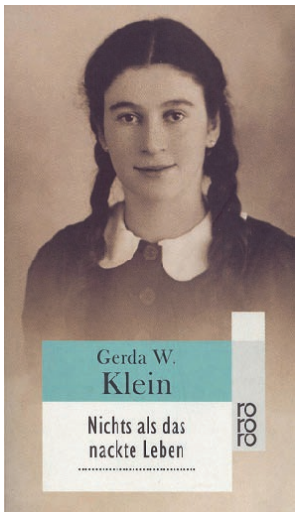
Der Autor und Historiker Volker Issmer, Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., hält in 20 Erzählungen, die er auf der Basis breiter Forschungen über den Nationalsozialismus verfasst hat, Geschichten von Tätern und Opfern fest, die bis heute aus unterschiedlichsten Gründen von den Betroffenen zumeist nicht erzählt wurden. Dabei basieren Issmers Geschichten auf wahren Begebenheiten, deren literarische Darstellung einige Aspekte der NS-Zeit für die nachfolgenden Generationen verstehbarer werden lassen. Die Notwendigkeit weiterer Aufarbeitung gerade mit Blick auf das Einzelgeschehen der „fremden Zeit“ wird durch Issmers Buch in besonderer Weise deutlich.

Volker Issmer:
Fremde Zeit – Unsere Zeit.
Ein Lesebuch
Geest-Verlag, Geest 2011.
ISBN 978-3-86685-66-2
268 Seiten
12,50 Euro.

Nichts als das nackte Leben

Gerda Weissmann ist fünfzehn, als die Deutschen 1939 Polen überfallen; damit wird ihre unbeschwerte Jugend jäh beendet. Gerdas Bruder Arthur gehört zu den Ersten, die kurz nach dem Einmarsch verschleppt werden; der kranke Vater wird 1942 deportiert; wenige Tage danach werden Mutter und Tochter voneinander getrennt. Für Gerda Weissmann beginnt die Zeit als Zwangsarbeiterin in der deutschen Textil- und Rüstungsindustrie, die im Januar 1945 mit einem Todesmarsch endet, den nur sie und 150 weitere Frauen überleben. Zusammen mit dem amerikanischen Leutnant Kurt Klein, selbst deutsch-jüdischer Herkunft, emigriert sie 1946 schließlich in die USA.

Noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse begann Gerda Weissmann Klein ihre Geschichte aufzuschreiben. Ihre Autobiographie wurde in den USA in 43 Auflagen verbreitet und zählt zu den Klassikern der Holocaust-Literatur. In der vorliegenden Neuauflage erzählt Gerda Weissmann Klein, wie sie mit diesen Jugenderinnerungen ihr weiteres Leben gestaltet. Seit über 50 Jahren setzt sie sich aktiv für Menschenrechte ein, hält Vorträge in den USA und im Ausland. Am 15. Februar 2011 erhielt sie aus den Händen von Präsident Obama die höchste zivile Auszeichnung der Vereinigten Staaten, die Presidential Medal of Freedom.



Gerda W. Klein:
Nichts als das nackte Leben
Rowohlt Verlag, Reinbek 2001
372 Seiten
ISBN 3-499-22926-9
9,90 Euro

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass
- meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss,
- meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen.

☐ Ich habe die anhängende Einzugsermächtigung über den Jahresbeitrag von *€ 80,- (ermäßigt € 30,-)* unterzeichnet.

oder

☐ Meinen Jahresbeitrag € 80,00 (ermäßigt € 30,00) habe ich überwiesen.

Darüber hinaus habe ich eine Spende in Höhe von € _____ überwiesen.

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____ email: _____

Telefon (p.) : _____ Fax : _____

Beruf / Funktion: _____

Telefon (d.): _____ Fax: _____

Verein / Verband etc.:
_____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert:

_____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. zu Lasten des

Kontos Nr.: _____ BLZ: _____

bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____

Konto-Inhaber(in): _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Veranstaltungen

3. November 2011	Es war ein anderes Leben. Mit der Jugend-Alijah nach Palästina. Filmvorführung und Diskussion. Eine Veranstaltung der RAG Hamburg in Kooperation mit dem Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein.
3. November 2011	Yad Vashem Lectures. Fortbildungsreihe für Lehrerinnen und Lehrer. Tobias Ebbrecht. Bilder der Shoah. Filmanalytische Überlegungen. Eine Veranstaltung der RAG Westfalen in Kooperation mit der Bezirksregierung Münster, dem Geschichtsort Villa ten Hompel und der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“.
9. November 2011	70 Jahre Babi Yar. Gedenkfeier am Platz der Alten Synagoge in Freiburg. Anschl. Zeitzeugengespräche. Eine Veranstaltung der RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde.
9. November 2011	„Nicht wegsehen, wenn es gegen den Nachbarn geht!“. Vortrag von PD Dr. Angela Borstedt zum Thema „Hilfe für verfolgte Juden in Baden 1933-1934“. Eine Veranstaltung der Karlsruher „Arbeitsgemeinschaft 9. November“ unter Beteiligung der Sektion Nordbaden.
10. November 2011	Weggesperrt. Jugendwerkhöfe in der DDR. Lesung mit Grit Poppe und Zeitzeugengespräch mit Stefan Lauter in Mainz-Bretzenheim und Hanau. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main in Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung.
10. November 2011	Weggesperrt. Jugendwerkhöfe in der DDR. Lesung mit Grit Poppe und Zeitzeugengespräch mit Stefan Lauter in der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek Mainz. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main in Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung.
11. November 2011	Jugendwerkhöfe in der DDR. Lesung mit Grit Poppe und Zeitzeugengespräch mit Stefan Lauter in Hanau. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main in Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung.
11. November 2011	DDR-Geschichte in der Schule. Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer in Magdeburg. Eine Veranstaltung der RAG Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt.
14. November 2011	DDR-Geschichte in der Schule. Fortbildungsveranstaltung für Schülerinnen und Schüler in Schulpforta. Eine Veranstaltung der RAG Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt.
15. November 2011	DDR-Geschichte in der Schule. Fortbildungsveranstaltung für Schülerinnen und Schüler in Wittenberg. Eine Veranstaltung der RAG Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt.
17. November 2011	„Schüler gegen das Vergessen“. Schüler der Darmstädter Lichtenbergschule präsentieren Texte in Auseinandersetzung mit Anne Frank. Zu Gast ist der Schriftsteller Peter Härtling. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main in Kooperation mit der Lichtenbergschule.

In diesem Jahr ist Joachim Gauck als Buchautor sehr stark nachgefragt. Termine zu Lesungen auch in Ihrer Region finden Sie im Internet auf der Seite: http://www.randomhouse.de/siedler/

Vorstand

Vorsitzender
Dr. h.c. Joachim Gauck

stellv. Vorsitzende
Eberhard Diepgen
Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Cornelia Schmalz-Jacobsen

Schatzmeister
Bernd Goldmann

Schriftführer
Dr. Ulrich Mählert

Dieter Althaus
Dr. Andreas H. Apelt
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach MdB
Tilo Braune
Dr. Jürgen Burckhardt
Ekin Deligöz MdB
Ralf Fücks
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Dr. Alfred Geisel
Kerstin Griese MdB
Dr. Norbert Haase
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Dr. Anja Kruke
Uta Leichsenring
Karl-Heinz Lindner
Wolfgang Lüder
Wolfgang von Malsen-Tilborch
Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Friedbert Pflüger
Dr. habil. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur
Renate Schmidt
Dieter Schulte
Dr. Max Stadler MdB
Lala Süsskind
Lothar Tautz
Linda Teuteberg MdL
Prof. Dr. h.c. Josef Thesing
Prof. Dr. Johannes Tuchel
Ernst Jürgen Walberg

Ehemalige Vorsitzende
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000)
Dr. h.c. Hans Koschnick (2000-2003)

Beirat

Vorsitzende
Prof. Dr. Rita Süssmuth

stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Richard Schröder

Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel
Prof. Dr. Berthold Leibinger
Dr. h.c. Max Mannheimer
Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Barbara Stamm MdL
Dr. h.c. Erwin Teufel
Dr. Monika Wulf-Mathies

Geschäftsführer

Dr. Michael Parak

Impressum

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Fotonachweis: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung, Nikolaus Back, Conny Baeyer, Liane Czeremin, Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde – Gesa Simons, Marga Griesbach, KZ- Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, Gedenkstätte Flossenbürg. Dennis Riffel, Harald Roth, Torsten Steinke (RAG Rhein-Ruhr-West), Stefan Querl, Ruth Wunnicke, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Layout: together concept Werbeagentur GmbH, Essen
Druck: B+W Media-Service, Bochum

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Augsburg – Schwaben
Sprecher: Erich Sandner
Blaichacher Str. 8
86199 Augsburg
Tel./Fax: 08 21 – 9 29 33

Baden-Württemberg
Sprecher: Dr. Alfred Geisel
Eduard-Steinle-Straße 23
70619 Stuttgart
Tel.: 07 11 – 47 83 26
alfredgeisel@gmx.de

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen
Koordinatorin:
Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 0 70 34 – 92 96 83
Fax: 0 70 34 – 92 96 85
kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Nordbaden
Koordinatorin:
Dr. Andrea Hoffend
Herweghstr. 32
76187 Karlsruhe
Tel.: 01 60 – 97 05 75 23
andrea.hoffend@t-online.de

Sektion Südbaden
Koordinator:
Wolfgang Dästner
Bleichestr. 11
79102 Freiburg
Tel.: 07 61 – 3 53 99
wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg
Sprecher: Dr. Benno Fischer
Bismarckstraße 99
10625 Berlin
Tel./Fax: 0 30 – 3 24 22 78
benno-fischer@t-online.de

Hamburg
Sprecher: Hans-Peter Strenge
Baron-Voght-Str. 89 G
22609 Hamburg
Tel. 0 40 – 82 16 35
h.p.strenge@gmx.de

Hannover
Sprecher:
Prof. Dr. Joachim Perels,
Albrecht Pohle
Sprecher:
Wilfried Wiedemann
Wallstr. 6
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 – 54 27
wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt
Sprecherin:
Monika Müller-Braun
Gratzerstr. 47
85055 Ingolstadt
Tel./Fax: 08 41 – 92 08 41

Mecklenburg-Vorpommern
Sprecher:
Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel. 03 85 – 79 68 31
Fax: 03 85 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen
Sprecherin: Monika Graulich
Anneröder Weg 56
35394 Gießen
Tel./Fax: 06 41 – 4 57 38
mgraulich@t-online.de

Mittelrhein
Sprecherin:
Dr. Ursula Bitzegeio
Im Krausfeld 14
53111 Bonn
Tel.: 02 28 – 26 14 29
ursula.bitzegeio@fes.de

München
Sprecherin: Ilse Macek
c/o Münchner Volkshochschule
Troppauerstr. 10
80937 München
Tel.: 0 89 – 31 81 15 13
Fax: 0 89 – 31 81 15 25
rag-muenchen@gegen-vergessen.de

Niederrhein
Sprecher: Ferdinand Hoeren
c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V.
Bismarckstr. 97
41061 Mönchengladbach
Tel./Fax: 0 21 61 – 20 92 13

Nordhessen-Südniedersachsen
Sprecher: Ernst Klein
Benfelder Str. 21
34471 Volkmarsen
Tel.: 0 56 93 – 9 91 -49 90
Fax: 0 56 93 – 9 91 -49 91
ernstwklein@web.de

Nordostbayern
Sprecher:
Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstr. 16
90480 Nürnberg
Dr. Jörg Skriebeleit
c/o: KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 0 96 03 – 90 39 00
Fax: 0 96 03 – 9 03 90 99
information@gedenkstaette-flossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland
Sprecher:
Werner Vahlenkamp
Westeresch 2
26125 Oldenburg
Tel.: 04 41 – 3 68 52
karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet
Sprecher: Hans G. Glasner
Häuskenweg 4
44267 Dortmund
Tel.: 02 31 – 46 16 66
hgglasner@t-online.de

Rhein-Main
Sprecher:
Andreas Dickerboom
Kreutzerstr. 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 0 69 – 59 67 36 87
rhein-main@gegen-vergessen.de
Koordinatorin für Rheinland-Pfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 63 28 48
Fax: 0 61 31 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

Sektion Südhessen
Koordinator:
Klaus Müller
Gundhofstr. 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 0 61 05 – 94 62 50
Fax: 0 61 05 – 94 62 52
klausmueller-walldorf@t-online.de

Rhein-Ruhr West
Sprecher:
Dr. Günther Neumann
Haroldstr. 45
47057 Duisburg
Tel.: 02 03 – 66 20 90

Saar-Pfalz-Hunsrück
Sprecher: Armin Lang
c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
Tel.: 0 68 51 – 80 82 790
Funk: 0171 – 520 26 76
Fax: 0 68 51 – 80 82 799
mail@armin-lang.de

Sachsen
Sprecher: Dr. Christoph Meyer
c/o Herbert-Wehner-Bildungswerk
Kamenzer Str. 12
01099 Dresden
Tel.: 03 51 – 8 04 02 20
meyer@wehnerwerk.de

Sachsen-Anhalt
Sprecher: Lothar Tautz
Kantorstraße 4
06577 Heldrungen
Tel.: 03 46 73 – 79 97 34
Funk: 0175 – 592 55 46
Fax: 03 46 73 – 79 97 35
info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein
Sprecher: Rolf Fliegner
Albert-Schweitzer-Str. 19 A
23879 Mölln
Tel.: 0 45 42 – 8 79 68
cundrflmoe@web.de

Thüringen
Sprecherin: Kati Bothe
Am Petersberg 2
99734 Nordhausen
Tel.: 01 74 – 2 09 43 53
Fax: 0 36 31 – 47 68 23
koordinierung.lap-ndh@web.de

Unterweser-Bremen
Sprecher: Reinhard Egge
Grüne Str. 29 A
27721 Ritterhude
Tel.: 0 42 92 – 40 90 56
Fax: 0 42 92 – 40 90 57
Sprecher: Konrad Kunick
Günther-Hafemann-Str. 28
28327 Bremen

Westfalen
Sprecher: Horst Wiechers
Nordstr. 13
48149 Münster
Tel.: 02 51 – 1 62 71 15
WiechersH@stadt-muenster.de

Sektion Bielefeld
Koordinator:
Hans-Georg Pütz
Am Spielplatz 2
32130 Enger
Tel.: 0 52 24 – 98 67 05
hans-georg.puetz@uni-bielefeld.de

Würzburg-Unterfranken
Sprecher:
Gerhart Gradenegger
Bohlleitenweg 1
97082 Würzburg
Tel.: 09 31 – 41 37 31
gradenegger@t-online.de

Wenn Sie wissen möchten,
wie gute Online-Kommunikation
wirklich funktioniert:

klicken Sie hier!

www.together-concept.de